

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.-

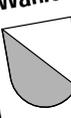
Erscheint monatlich

Nr. 3 2002

Verachtung für solche Medien!

Démocrate  Suisse
Pages 13-15

Wahlen Kanton Zürich

 Winterthur: + 1 SD-Sitz
Dübendorf: + 1 SD-Sitz
Uster: + 1 SD-Sitz
Dietikon: + 1 SD-Sitz
Zürich-Stadt: - 1 SD-Sitz



Willy Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen

Ein schlimmes Erlebnis mit der UNO-Abstimmung brachte mir die Post aus der EDA-Sektion UNO, Bundesgasse 28, 3003 Bern (Fax: 031 324 90 65). Über 60 Pro-UNO-Werbehefte, Berichte, Botschaften, Broschüren, Faltblätter, Poster, Vorträge und andere Info-Träger in fünf verschiedenen Sprachen mit bis zu 80 Seiten in Hochglanzpapier und Vierfarbentechnik wurden gratis franko Haus geliefert. Eine eigentliche Pro-UNO-Werbeombe, an der Hunderte von Medienspezialisten des Bundes jahrelang gearbeitet hatten. Alleine das Studium dieser Sendung würde für uns Stimmbürger monatelange Arbeit bedeuten. Von der Offenlegung, der Diskussion der Argumente in der Öffentlichkeit, in Parteien und politischen Gremien gar nicht zu reden. Zu den massenhaften Pro-Argumenten müssten Aussagen und Argumente der Gegner gestellt werden, damit schliesslich die breite Meinungsbildung gemäss unserer Bundesverfassung, § 16, garantiert werden könnte. Dazu gesellt sich die Frage,

wer das alles tun soll, wer die Publikation der Gegen-Argumente organisieren und zahlen soll? Sind Bundesrat Deiss und das EDA bereit, faire und gleich lange Spiesse zu garantieren, um Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie zu gewährleisten in unserem Land oder geht es vielmehr darum, das Volk aufs Kreuz zu legen, die freie Meinungsbildung zu verhindern? Sicher ist einzig, in dieser kurzen Zeit, bis zum 3. März, ist die Aufarbeitung des Stoffes für die UNO-Gegner einfach unmöglich! Die Zeit ist zu kurz.

Das schlimmste Erlebnis mit der UNO-Vorlage brachten mir Redaktoren von Zeitungen, Radio und Fernsehen. Praktisch alle grossen Zeitungen waren agierende Partei, anstatt der Bundesverfassung § 16 gerecht zu werden. Da in vielen Gemeinden und Orten oft nur noch eine einzige Zeitung vorhanden ist, müssten Redaktionen Pro- und Kontra-Komitees gleich lange Spiesse gewähren. Das wäre mehr als einfach und hätte zugleich den grossen Vorteil, dass sich ein «ganzes Volk» zur einen Zeitung bekennen könnte. Insetate- und Abozahlen würden wachsen. Keine Zeitung müsste auf bisherige Publikationen verzichten, aber z.B. eine Seite täglich ohne Zensur reservieren für Gegner und Befürworter, für «gleich lange Spiesse» von Pro- und Kontra-Komitees. So könnte die Diskussion im Sinne der Demokratie stattfinden, wohlverstanden,

SD über knappes UNO-Ja enttäuscht

Die Schweizer Demokraten nehmen mit Enttäuschung vom knappen Ausgang der UNO-Abstimmung Kenntnis. Mit dem Beitritt zur UNO verpasst die Schweiz die Chance, auch in Zukunft glaubwürdig neutral zu sein. So verlieren wir auch ein weiteres Stück unserer Volksrechte, unserer Unabhängigkeit und unserer Entscheidungsfreiheit.

Die UNO-Abstimmung hat erneut aufgezeigt, dass die SD die einzige politische Kraft ist, welche landesweit geschlossen gegen den verhängnisvollen UNO-Beitritt gekämpft hat. Insbesondere bedauern die SD, dass sowohl die Berner wie auch die Bündner SVP sich nicht für die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz einsetzen mochten und den UNO-Anschluss befürworteten.

An dieser Stelle möchten sich die SD nochmals bei allen bedanken, welche mit Verstand, Herz und Engagement gegen den Beitritt zur politischen UNO gekämpft haben. Es war eindrücklich zu beobachten, wie viele einfache Bürgerinnen und Bürger sich gegen das Kapital und die Kampagne der Hochfinanz, des Bundesrates, fast aller Parteien, von sogenannten Promis und fast der gesamten Medien einsetzten.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

könnte; denn zum 3. März wurde die breite Meinungsbildung zu 95% von den Medienleuten unterdrückt. Eine regelrechte Katastrophe! Seiten mit leicht überblickbaren, teils gerafften Argumenten der Befürworter und Gegner waren kaum zu finden. Alles einseitige Pro-UNO-Mache! Dazu faule Kommentare der Chefredaktoren. Keine Abtiefung der Argumente, oft blieb die bescheidene Argumentation im Niveau «Neutralität» stecken. Die schwerwiegenden, staatspolitischen Folgen von massenweiser Übernahme von internationalem Recht und «fremden Richtern» (UNO-Konventionen und UNO-Rechtsakte) wurden in vielen Fällen nicht einmal angedeutet. Ebenso wenig die Einführung marxistisch-leninistischer Lebensabläufe, z.B. die Erziehung der Kinder ab 2. Jahr ist Sache des (nicht religiösen) Staates... etc.

Schreiber zurück und publizierte äusserst zaghaft ein paar Leserstimmen. Sicher stimmte dabei auch das Verhältnis der Pro- und

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Keine richtige UNO-Diskussion
- 3 Leben und Umwelt
- 6 Landessprachen durch das Englische bedroht
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Die linke Ernte...
- 12 Der Leser hat das Wort

Wahlen Kanton Bern



13./14. April 2002
Bernhard Hess in den
Regierungsrat



Stadt Bern SD-Liste 6
Bern-Land SD-Liste 10
Thun SD-Liste 11
Interlaken SD-Liste 7
Oberhasli SD-Liste 6
Schwarzenburg SD-Liste 8

SD-Nationalrat Bernhard Hess
handschriftlich auf die
amtliche Regierungsratsliste

Der Tages Anzeiger sandte Hunderte von Leserbriefen an die

Verachtung für solche Medien!

Fortsetzung von Seite 1

Kontra-Leserbriefe kaum. Chefredaktion und Kommentatoren wurden nie müde, einseitige Pro-UNO-Werbung zu machen – mit allen Mitteln. Wo blieb da unsere Verfassung, wo die breite Meinungsbildung und damit wo der Garant demokratischer Freiheit? Zudem muss mit aller Härte gefragt werden, wie in aller Welt sind die TA-Redakteure – und die vielen anderen – demokratisch legitimiert zu derart einseitiger und gefährlicher Information? Auch die NZZ hielt nichts von BV § 16, nichts vom freien Wort und der breiten Meinungsbildung. Hunderte klagten über Rücksendungen von Leserbriefen und viele Abonnenten sind total enttäuscht über die «mageren Leserbrief-Seiten» in der NZZ. Offenbar war auch in der NZZ-Chefredaktion das Ziel, mittels Manipulation der freien Meinungsbildung für die UNO ein JA herauszuschinden. Wahrlich eine

Schande für eine angeblich «bürgerliche» Zeitung. Einseitig und sogar skandalös waren auch die redaktionellen Beiträge und Kommentare zu UNO; Neutralität war bestenfalls das ausgemachte Niveau in diesem Zürcher Blatt. Zu tieferen Betrachtungen – die durchaus nötig wären – reichte die NZZ-Redaktion kaum die Hand. Noch schlimmer sind an dieser Stelle die Manipulationen der Skandalblätter «Blick», «Sonntags-Blick», «Sonntags-Zeitung» und vieler anderer zu nennen. Einseitiger wäre die UNO-Werbung gar nicht möglich gewesen und kaum hochnäsiger und dümmlicher die Kommentare. Wie in aller Welt wollen solche Blätter noch zulegen an Abonnenten und Inserenten? Es bleibt nur zu hoffen, dass die Schweizer Steuerzahler diesen Manipulateuren und Landesverrättern ihre Quittung präsentieren: Kein Abo, kein Inserat, kein Kauf am Kiosk und keine Erwähnung unter den Freunden oder Bekannten. Nur Verachtung gehört solchen Medien!

klärungen lächerlich. Jedermann, der schon ein kleines Seminar über Grundsätze der Führung besucht hat, weiss, dass es zu den Aufgaben eines guten Führers gehört, dafür zu sorgen, dass in seiner Institution durch Anordnung von Fortbildungen, Beizug und Einweihung in die eigene Arbeit von jüngeren Mitarbeitern rechtzeitig eine gute Nachfolge gesichert ist. Die Aussage, das sei für solche Posten nicht möglich, bedeutet die Behauptung, die Schweizer seien ein Volk von lauter unterdurchschnittlich intelligenten Leuten, ganz abgesehen davon, dass die aus dem Ausland zugezogenen Leute (Percy Barnevik, Göran Lindahl – ABB, «Jeff» Katz, Tyler Brulé – Swissair! usw.) auch nicht gerade durch besondere Erfolge glänzen!

Die Realität ist in der Tat eine ganz

andere. Die angesprochenen Leute, einschliesslich so genannte Headhunter und Wirtschaftsberater, bilden eine geschlossene Gesellschaft einander gut bekannter Leute, in die kein Unbefugter eindringen darf. Ihre Mitglieder sind vor allem damit beschäftigt, ihre Privilegien zu verteidigen, auch wenn sie Versager sind, eine Art neofeudalistisches System. Wollen wir noch lange zuwarten, bis auch unsere Chefetagen fast ausschliesslich nur von Ausländern bevölkert sind, weil das Heranziehen jüngerer und tüchtiger Einheimischer für verantwortungsvolle Aufgaben vernachlässigt oder sogar hintertrieben wird? Beispiele gibt es auch bei den Universitäten. In Zürich lässt etwa der «Fall Grüssner» grüssen!

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

Keine richtige (UNO-) Diskussion!

Was Abstimmungskomitees gegen einen UNO-Beitritt in der ganzen Schweiz bestätigen, gilt leider auch im Thurgau. Mit banalen und fragwürdigen Slogans, ja Schlagworten wurde für «das Mitentscheiden» in einer UNO geworben, wo ohnehin nur im Sicherheitsrat etwas entschieden wird und damit «weit entfernt» von unserem Lande. Die Machtverhältnisse der Vetostaaten wurde mit 11 praktizierten Vetos banalisiert und geflissentlich verschwiegen, dass Vorlagen, die einem der Mächtigen nicht passen, schon gar nicht vorgelegt und beraten werden und damit die Zahl 11 ohne jede Bedeutung ist. Schweizer Demokraten und Hunderte von Komitee-Mitgliedern bedauern, dass dank zumeist geübter Unterdrückung von fairem Pro und Kontra (danke für die Ausnahmen!) die UNO-Diskussionen in «seichten Gewässern» verlaufen

sind. Die wenigsten haben erfahren, dass wir bei einem JA sehr viel internationales Recht und UNO-Konventionen ohne wenn und aber übernehmen müssen. Dazu gehören einschneidende, kommunistische und marxistische Lebensformen, z.B. die Kinder gehören ab zwei Jahren in Kinderhäuser und deren (gottlose) Erziehung ist Sache des Staates. Tausende von weiteren Negativ-Beispielen wären vorhanden. Echt unverständlich aber ist für Viele, dass ausgerechnet diese UNO-Vorlagen von CVP-Familienpolitikern propagiert werden.

*«TG-Komitee gegen eine völlig undemokratische UNO»,
Postfach 656, 8501 Frauenfeld,
Schweizer Demokraten, SD Thurgau,
Junge Schweizer Demokraten,
JSD Thurgau, und Hunderte von
Komitee-Mitgliedern*

Bald auch auf den Teppich-Etagen immer mehr Ausländer?

Die Schweizer Öffentlichkeit regt sich zur Zeit über die übertriebenen finanziellen Bezüge ihrer obersten Wirtschaftsführer auf. Diese verteidigen sich mit der Behauptung, sie seien nur deshalb so hoch bezahlt, weil der Kreis der Personen, die für solche Posten geeignet wären, eben beschränkt sei

und man sie deshalb nur mit diesen hohen Entschädigungen bekommen könne. Ja, man müsse sie sogar aus dem Ausland anlocken, wo andere Grössenordnungen der Bezüge gelten würden. Die hohen Entschädigungen widerspiegelten eben die Gesetze des Marktes. Selbstverständlich sind solche Er-

Österreich

Verpflichtende Deutschkurse geplant

SD. Die schwarz-blaue Regierungskoalition in Wien stellte letzte Woche in Grundzügen ihr «Integrationspaket» der Öffentlichkeit vor. Danach sollen Zuwanderer, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden, dazu bewegt werden, Kurse in Deutsch und Staatsbürgerkunde zu belegen. Sollten sie jedoch nach einem Jahr dies nicht getan haben, so drohen ihnen Konsequenzen: Während einer Nachfrist muss der Zuwanderer dann die gesamten Kursgebühren bezahlen. Normalerweise beteiligt sich der Staat zur Hälfte an der Finanzierung. Sollte der Fremde immer noch untätig bleiben, kann er mit einer Geldstrafe bzw. letztendlich mit dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung belangt werden.

Beschäftigungsbewilligung als Voraussetzung

Eine Aufenthaltsbewilligung soll es nach dem Willen der Koalition nur noch dann geben, wenn eine Beschäftigungsbewilligung vorliegt. Eine solche wiederum werden künftig nur noch «Schlüsselarbeitskräfte» erhalten, also solche, die dringend in Österreich benötigt werden. Menschen hingegen, die in die Familienzusammenführungsquote fallen, sollen nicht unter diese Koppelungsregelung fallen. Arbeitslose Ausländer müssen in Zukunft Deutschkurse belegen, sonst droht ihnen eine Kürzung dieser Unterstützung! Damit will die schwarz-blaue Regierung Zeichen setzen: Diejenigen Ausländer, die in Österreich bleiben wollen und hier arbeiten möchten, sollen zeigen, dass sie gewillt sind, sich anzupassen.

Linke von SPÖ über Grüne bis hin zu Organisationen wie Caritas oder «SOS-Mitmensch» klagten hingegen wegen der «Zwangsmassnahmen» bzw. des «Drucks», der auf die Ausländer ausgeübt werde. Caritas-Präsident Franz Küberl, der personifizierte «Gutmensch» schlechthin, meinte zum Vorhaben der Regierung: «Das ist ein Modell nach dem Rohrstaberprinzip». Ihn ärgert besonders das Ansinnen, die vorgesehenen Deutschkurse für arbeitslose Fremde mit dem Arbeitslosengeld zu koppeln (Kürzung bei Nichterlernen der deutschen Sprache), was er sachwidrig findet.

Die Migrationssprecherin der Grünen, Terezija Stoisits, sprach gar von «Strafmassnahmen». Man sehe deutlich, dass sich im Koalitionspapier die FPÖ durchgesetzt habe, lamentierte die Multikulti-Propagandistin. Mit der Aufrechterhaltung des Quotensystems beim Zugang zum Arbeitsmarkt – es wird nämlich von Jahr zu Jahr neu festgestellt, wie viele Zuwanderer benötigt werden – werde ein europaweit einzigartiges Integrationshindernis, so Stoisits, aufrecht erhalten. SPÖ-Sicherheitsexperte Rudolf Parnigoni nannte die Neuregelung ein «Desintegrationspaket». Es würden darin nur Gründe aufgelistet, um die Abschiebung von Fremden «möglichst einfach zu machen». Die Idee einer pluralistischen (also multikulturellen) Gesellschaft werde hiermit unterwandert, so Parnigoni, der ferner nicht verstehen kann, dass nach der geplanten Neuregelung minderjährige Ausländer auch in Abschiebehaft genommen werden können.



Waldameise – Tier des Jahres 2002

Grosse Ehre für ein kleines Tier: Pro Natura ernimmt die Waldameise zum «Tier des Jahres 2002». Die Krabbeltiere sind Vorbilder auf dem Weg zum neuen Nationalpark in der Schweiz. Sie zeigen: Miteinander können Kleine Grosses leisten.

Im Kinohit «Das grosse Krabbeln» sind die sympathischen Zeichentrick-Ameisen in die Herzen der Zuschauerinnen und Zuschauer

die Strunkameise (*Formica truncorum*). Trotzdem sind alle «Waldameisen» in der Schweiz geschützt. Weshalb? «Ameisen spielen im Ökosystem Wald eine wichtige Rolle, und die Nester sind potenziell gefährdet», erklärt Pro Natura Artenschutzexperte Urs Tester. Der Schutzstatus solle die Leute dazu bewegen, auf die Bauten Rücksicht zu nehmen. Die Waldameisen haben aber auch natürli-



Waldameise

© Pro Natura, NHPA/Sutter

gekrabbelt. Das sollen diese Insekten auch jetzt tun – als «Tier des Jahres 2002» von Pro Natura. Zum ersten Mal erhält dieses Jahr ein Insekt diesen Titel. Bisher hat Pro Natura jeweils Flaggschiffe des Naturschutzes zum «Tier des Jahres» gemacht: Biber, Laubfrosch, Luchs und Steinadler.

Die Wahl der Waldameise ist kein Zufall. Denn die Botschaft, die von diesen Tieren ausgeht, steht stellvertretend für die aktuelle Kampagne von Pro Natura. Gemeinsam können viele kleine Tiere etwas Grosses schaffen. Genau dieses Denken braucht es bei der Gründung eines neuen Nationalparks in der Schweiz. Daran arbeitet die Naturschutzorganisation mit Hochdruck.

Wichtig für Ökosysteme

Unter dem Begriff «Waldameise» stecken eigentlich sieben Arten. Sie sind unterschiedlich verbreitet und stellen unterschiedliche Ansprüche an ihre Lebensräume. Gefährdet ist laut roter Liste nur

che Feinde und stehen unter anderem auf dem Speisezettel verschiedener Spechtarten. Hohe Verluste fordern Kämpfe mit anderen Ameisen.

Ausgeklügelte Kommunikation

Waldameisen sind nicht einfach lästige Krabbelviecher, die einem das Picknick in freier Natur vergällen. Wer sich mit ihnen befasst, entdeckt Erstaunliches. Besonders ausgefeilt ist ihre Kommunikation. Diese Insekten «sprechen» über Duftstoffe miteinander. Mit spezifischen Gerüchen markieren Waldameisen ihre Verkehrswege und ihre Nahrung oder alarmieren Artgenossinnen. Die chemische Keule der Königin unterdrückt gar die Fortpflanzung ihrer Arbeiterinnen. Ausserdem verleiht sie dem Stock und dessen Volk eine ganz besondere Duftnote. Wer nicht so riecht, wird bekämpft. Informationen tauschen die Waldameisen auch über Fühler- und Körperkontakt aus.

Pro Natura

Immer mehr Motorfahrzeuge!

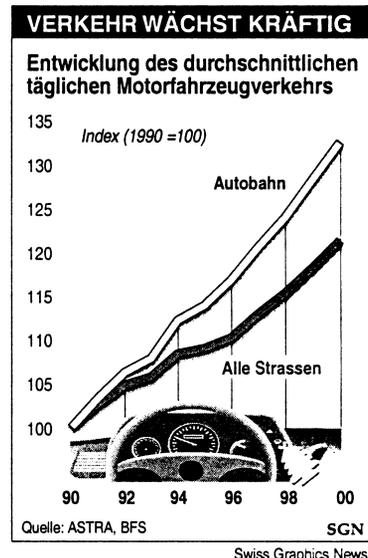
Bern (sda) Der Bestand immatrikulierter Motorfahrzeuge hat in der Schweiz 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent zugenommen, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt. Sie beträgt 4,7 Millionen, davon sind 3,6 Millionen Personenwagen, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einem Anteil von 77 Prozent oder 3,6 Millionen Fahrzeugen stellen die Personenwagen die grösste Gruppe. Verglichen mit 1975 hat sich der Personenbestand verdoppelt. Bezogen auf die Einwohnerzahl von 7,2 Millionen kommt damit auf jede zweite Person ein Personenwagen.

Mit einem Anteil von 11 Prozent stellen die 521'000 Motorräder die zweitgrösste Fahrzeuggruppe. Ihre Zahl nimmt seit 25 Jahren kontinuierlich zu. Insbesondere der Boom der Motorroller trägt dazu bei. Waren 1995 noch 48'000 Motorroller immatrikuliert, so sind es 2001 bereits 184'000, rund viermal so viele.

Auch mehr Sattelschlepper

Warentransportfahrzeuge stellen mit 285'000 Fahrzeugen oder einem Anteil von sechs Prozent die drittgrösste Fahrzeuggruppe. Der Grossteil von ihnen – 234'000 – sind Lieferwagen. Ihre Zahl nahm im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Prozent zu. Rückläufig ist hingegen seit 1990

die Lastwagenzahl, die am Stichtag der BFS-Erhebung, 30. September 2001, bei 42'600 lag. Die Zahl der Sattelschlepper nahm hingegen zu, von 5900 Fahrzeugen 1990 auf rund 8500 in diesem Jahr. Die Gruppe der Landwirtschaftsfahrzeuge verzeichnete mit 0,8 Prozent die geringste Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Der Trend geht hier zu schwereren Fahrzeugen. Von knapp 180'000 landwirtschaftlichen Fahrzeugen haben rund die Hälfte (49%) ein Gesamtgewicht von mehr als 2,5 Tonnen (1990: 37%).



Unnötige Aufregung wegen Stammzellenforschung

Um die Forschung mit sogenannten Stammzellen ist eine unnötige Aufregung entstanden. Menschliche Stammzellen sind durch keine Embryonalentwicklung ausdifferenzierte und gereifte Zellen, aus welchen durch Weiterentwicklung noch die verschiedensten Zelltypen wie Blutkörperchen, Muskelzellen, Leberzellen usw. entstehen können. Sie können am leichtesten aus frühreifen Embryonen gewonnen werden, die dabei selbstverständlich zu Grunde gehen, finden sich jedoch auch noch, wenn auch in verminderter Zahl, im ausgewachsenen Organismus des Erwachsenenalters. Ihre Erforschung löst Hoffnungen aus, Heilmittel für bisher noch unheilbare Krankheiten gewinnen zu können. Deshalb ist die derzeitige Forschung in starkem Masse an ihnen interessiert. Die Gewinnung von Stammzellen aus Embryonen ist in der Schweiz gesetzlich verboten worden, während sie in den meisten Ländern erlaubt ist. Nun hat sich unter dem Gesichtspunkt des Embryonenschutzes eine Polemik entwickelt, ob es gesetzlich zulässig sei, Stammzellen für die Forschung

aus dem Ausland zu importieren. Strenggläubige Ethiker vertreten die Auffassung, dies müsse ebenfalls verboten bleiben. Zwar wurde einer Forschergruppe kürzlich die Erlaubnis für einen solchen Import erteilt, doch ist die Diskussion noch nicht ausgestanden. Ist es wirklich richtig, unter dem Aspekt der Würde auch des noch ungeborenen menschlichen Lebens derart strenge ethische Massstäbe anzulegen? Zwar ist die Tendenz, das menschliche Leben auch schon vor dessen Geburt zu schützen, anerkannt und grundsätzlich gut. Werfen wir jedoch einen Blick auf die Praxis, wie wir tatsächlich mit diesem Leben umgehen und wie viele Schwangerschaftsabbrüche mit zum Teil dünnsten «Indikationen», das heisst Begründungen, völlig legal durchgeführt werden, kommen einem doch einige Zweifel. Bedeutet der übertriebene gesetzliche Schutz für Embryonen, sie zur Gewinnung von Stammzellen zu «verbrauchen», nicht pure Heuchelei? Ist die Übertreibung nicht Ausdruck

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 3

des schlechten Gewissens im Wissen, wie wir sonst mit dem ungeborenen Leben umgehen?

Wir haben nämlich zwei Paar Stiefel: auf der einen Seite in die Mutterkuchen normal eingebettete Embryonen, die ohne menschliches Zutun zu voll entwickelten Menschen auswachsen; auf der anderen Seite Embryonen, die sich ausserhalb des mütterlichen Körpers befinden und aus welchen sich ohne äusserst komplizierte und delicate menschliche Eingriffe wie Embryotransfer, die zudem oft versagen, nie ein Mensch entwickeln kann. Soll man deren Schutzwürdigkeit wirklich auf die gleiche ethische Stufe stellen und sie gesetzlich gleich oder ähnlich behandeln? Auch bei spontanen

Fehlgeburten treten ja Embryonen ausserhalb des mütterlichen Körpers auf! Sie gleichwertig zu schützen, würde ja bedeuten zu versuchen, sie in einen Uterus «zurückzutransferieren». Schon allein dieses Beispiel zeigt, dass der Boden eines vernünftigen Menschenschutzes damit verlassen ist. Auch gesetzlich haben wir klar zu trennen: ungeborenes menschliches Leben, normal in die Plazenta eingebettet und unter den üblichen Umständen zu einem menschlichen Organismus sich entwickelnd, und Embryonen ausserhalb des mütterlichen Körpers, im Normalfall ohne jede Aussicht auf Überleben. Der gesetzliche Schutz kann nicht für beide gleich sein!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
a. Nationalrat, Dübendorf

EU: BSE-Konsumentenschutz contra Tierschutz

Aufgrund einer anfangs 2001 in Kraft gesetzten EU-Vorschrift darf das Gehirn der Schlachttiere nicht mehr zerstört werden – eine BSE-Vorsichtsmassnahme. Dies hat zur Folge, dass viele Rinder vor dem Schlachten nicht mehr richtig betäubt werden und den Schlachtvorgang, das Zerlegtwerden, bewusst erleben. Der zuständige österreichische Minister erklärte dazu, das sei zwar nicht tiergerecht, aber zum Schutz der Konsumenten notwendig. Auch die zuständige

EU-Kommission hält «Konsumentenschutz» für wichtiger als Tierschutz. Was verschwiegen wird: Mit qualifiziertem Schlachthauspersonal und modernen Schlachthauseinrichtungen zur Sicherstellung des präzisen Ansatzens des Bolzenschussapparates wäre eine richtige Betäubung trotz dieser EU-Vorschrift möglich, aber darum kümmert sich im bestialischen Staatenbund EU niemand.

VgF-Nachrichten

Subventionen zur Landschaftszerstörung

Die Schweizer Landschaft ist unter Druck: Pro Sekunde werden 0,5 bis 1 Quadratmeter Land überbaut. Und der Bund hilft mit seinen Subventionen wacker mit. 9 von 10 Franken, die er gemäss Vorschlag 2001 in die Raumentwicklung pumpt, wirken sich laut einer Studie der Stiftung für Landschaftsschutz (SL) landschaftsbelastend aus. Angesichts der zwischen 1970 und 1998 von 4 Milliarden auf 28 Milliarden Franken angestiegenen Subventionsausgaben sei dem

Bund damit eine gewisse Mittäterrolle bei der Zerstörung der Landschaft zuzuschreiben. Die massive Ausräumung und Denaturierung der Landschaft seit den 60er-Jahren liessen den Schluss zu, dass der Bund der gesetzlichen Sorgfaltspflicht gegenüber der Natur und Landschaft ungenügend nachgekommen sei, sagte SL-Geschäftsleiter Raimund Rodewald an einer kürzlich erfolgten Pressekonferenz.

SL

Ärzte gegen zweite Gotthardröhre!

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz haben an ihrer Delegiertenversammlung vom 3. November 2001 in Thun den Ausbauplänen für den motorisierten Verkehr eine Absage erteilt. Der Grossbrand im Gotthardtunnel hat deutlich aufgezeigt, wie wichtig es – nicht nur aus Sicherheitsgründen

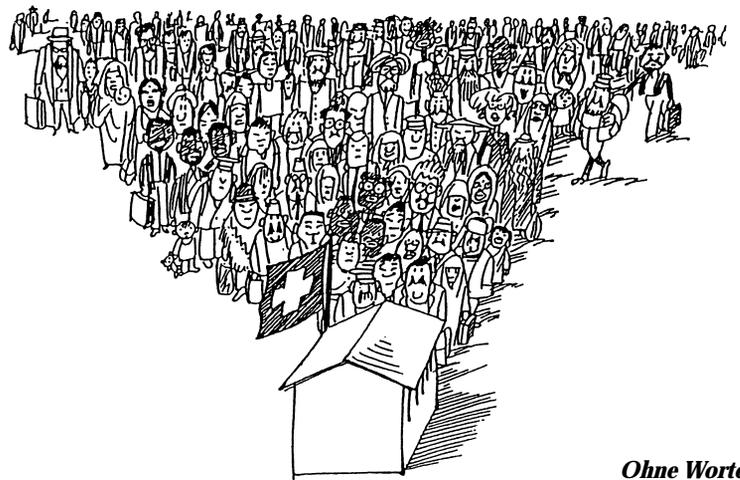
– ist, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene zu realisieren: Die Luftqualität ist regional dank dem Wegfall des Schwerverkehrs deutlich besser geworden, wie Messungen der kantonalen Behörden in der Leventina und im Urnerland nach der Sperrung des Gotthardtunnels ergaben.

Zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung muss der Alpenschutzartikel in der Verfassung unverändert bestehen bleiben. Der Entscheid der Verkehrskommission des Nationalrates für eine zweite Röhre am Gotthard ist aus ärztlicher Sicht nicht zu verantworten. Die mit einem zweiten Tunnel verbundene Kapazitätserhöhung würde zu einem massiven Verkehrswachstum führen und die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung entlang der Gotthardachse durch Zunahme von Luftverschmutzung und Lärmbelastung zusätzlich beeinträchtigen. Für die Avanti-Initiative wurde die

Nein-Parole beschlossen.

Die verkehrsbedingte Luftverschmutzung verursacht allein in der Schweiz pro Jahr 2100 vorzeitige Todesfälle, 12'100 Spitalpflegetage, 31'000 Fälle von akuter Bronchitis bei Kindern und 426 000 Tage mit Arbeitsunfähigkeit. Die Kosten für diese verkehrsbedingten gesundheitlichen Schäden belaufen sich jährlich auf rund 1,6 Milliarden Franken, die der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Wir sind heute weit davon entfernt, die Ziele der Luftreinhaltung zu erreichen.

Ärztinnen und Ärzte
für Umweltschutz



Ohne Worte

Die UNO und die Gentechnik

Das Entwicklungsprogramm der Uno (UNDP) weist in seinem im Sommer 2001 publizierten Bericht «Human Development Report 2001» neuen Technologien wie der Gentechnik eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von Hunger und Armut zu. Farmervereinigungen, Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen haben den Bericht deswegen heftig kritisiert.

Schon seit einigen Jahren werben skrupellose – sonst nur auf ihren eigenen Profit bedachte – Biotech-Konzerne wie der US-Konzern Monsanto für ihre Produkte mit der Vorgabe, nur mittels genetisch veränderter Lebensmittel sei eine Lösung des Hungers auf der Welt möglich. Die UNO greift nun diese Argumentation auf, indem sie in der Entwicklung von «genetisch modifizierten Organismen» (GMO) eine Antwort auf das Problem der Unterernährung in Entwicklungsländern erwartet.

Afrikanische Delegierte der Welternährungsorganisation FAO haben schon 1998 gegen dieses Argument Stellung bezogen: «Die gentechnisch veränderten Saaten zerstören die Vielfalt der landesüblichen Anbauprodukte, drängen die örtlichen agrarfachlichen Kenntnisse zurück und damit die in Jahrhunderten gewachsene Fähigkeit, uns selbst zu ernähren.»

UNO fördert Abhängigkeit

Biotech-Konzerne besitzen für veränderte Gene Patente. «Reproduziert» jemand ein verändertes Gen, muss er bei dem betroffenen Konzern eine Lizenz dafür erlangen. Die Bauern dürfen aus ihrer Ernte also keine Saat für das nächste Jahr zurücklegen – wie es seit Jahrhunderten ihr Recht ist –, ohne für diese jeweils wieder zahlen zu müssen. Wer genetisch verändertes Saatgut bezieht, wird von den Gentechnik-Konzernen abhängig. Damit der Landwirt das Saatgut nicht illegal beiseite schaffen kann, wurde einigen gentechnisch veränderten Getreidesorten ein «Terminator-Gen» eingebaut. Dieses bewirkt, dass das Saatgut steril wird und gar nicht erst auskeimen kann. Ähnliche neu hinzugefügte Gene koppeln Gene mit überlebenswichtigen Eigenschaften an einen «Gen-Schalter». Dieser Schalter wird erst angeschaltet, wenn die Pflanze mit bestimmten Chemikalien besprüht wird. Die Chemikalien werden natürlich von der gleichen Firma hergestellt wie das Saatgut. Wenn die UNDP gentechnisch veränderte Lebensmittel besonders armen Ländern empfiehlt, so treibt sie einen Kolonialismus voran, bei dem Landwirtschaften ganzer Länder von kapitalistischen Grosskonzernen bestimmt werden.

Keine Massentötung von Versuchstieren!

Schockierende Pläne der Europäischen Kommission: Sie will über 10 Millionen Versuchstiere qualvollen und unwissenschaftlichen Toxizitätstests ausliefern und töten. Eine Koalition aus 12 europäischen Tierschutzorganisationen, worunter auch die Schweiz. Gesellschaft für Tierschutz/ProTier, hat als Reaktion die Kampagne «Nicht einnehmen – Gesundheitsschädlich!» gestartet.

Es ist das erste Mal, dass in Europa Tierversuche in derartigem Umfang durchgeführt werden sollen. Das Vorhaben entlarvt die angeblichen Bemühungen der EU zur Reduzierung von Tierversuchen als Farce. Für die Affen, Hunde, Kaninchen, Mäuse, Meerschweinchen, Vögel und Fische bedeuten die Tests unbeschreibliches Leid und den Tod. Die Chemikalien, die jetzt auf ihre Giftigkeit hin überprüft werden sollen, sind bereits vor 1981 in Gebrauch und finden sich beispielsweise in Autos, Plastik, Konservierungsmitteln, Wasch- und Reinigungsmitteln, Farben und Lacken, Schmier- und

Brennstoffen. Bei den Versuchen werden die Substanzen den Tieren gewaltsam verabreicht: via Zwangsfütterung, Zwangsinhalation oder Injektion.

Dem können die Tierschützer der Europäischen Koalition zur Beendigung der Tierversuche und ihr Schweizer Mitglied SGT/ProTier nicht tatenlos zusehen. Sie protestierten deshalb im Dezember «gegen die schockierenden Pläne der Europäischen Kommission, über 10 Millionen Versuchstiere in qualvollen und unwissenschaftlichen Toxizitätstests einzusetzen und zu töten.»

In der Schweiz begründet Rita Dubois, Geschäftsführerin der SGT/ProTier, das Mitmachen ihrer Tierschutzorganisation so: «Wir sind entsetzt über die Vorschläge der EU-Kommission. Anstatt die Massenvergiftung von Versuchstieren zu planen, sollte die Kommission endlich die Verwendung der oftmals zuverlässigeren tierversuchsfreien Testmethoden fördern.»

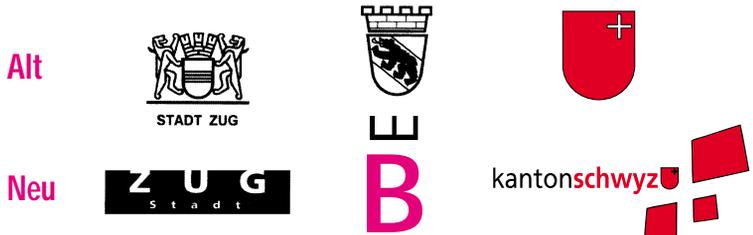
Aus: Pro Tier



Kahlschlag

Woher kommt es, dass die traditionsreichen Wappen, die während Jahrhunderten als Symbole geachtet und verehrt worden sind, heute plötzlich nicht mehr genügen? Die Städte Winterthur und Zug, sogar das alte stolze Bern sind scheinbar der Ansicht, die altgedienten Wappen passten nicht mehr in unsere Zeit. Desgleichen plant der Kan-

ton Waadt, seine vielsagende Wappendevisse «Liberté et Patrie» durch den gesichtslosen Begriff «Liberté et Solidarité» zu ersetzen. Sind die symbolträchtigen Wappen einfach Opfer einer Erneuerungs- und Profilierungssucht geworden? Oder gibt es andere, tiefer liegende Gründe dafür?



Wappen sind Symbole, die an das Herkommen erinnern. Man kann sie als Brückenpfeiler über den Fluss der Zeiten bezeichnen. Sie verkörpern kulturelle Werte, Geschichtsbewusstsein und vermitteln Gefühle von Zusammengehörigkeit, von Dauer und Stabilität. Gerade aber diese Symbole sind den verborgenen Steuerleuten des Zeitgeistes verhasst. Sie tun ihr Bestes, um sie auszumerzen. Dar-

um darf es keinen Wilhelm Tell geben, darum muss auch ein General Guisan von seinem Denkmal gerissen werden. Aus dem gleichen Grunde sollen die alten Stadt- und Länderwappen verschwinden und ausgemerzt werden.

(aus: Spectrum, Europäische Schüler- und Studenteninitiative Schweiz (JES), Postfach 6901, 8023 Zürich)

Kanton St. Gallen

Hauptversammlung 2002 der SD-Sektion St. Gallen

Der Saal des Restaurants Steig in Rorschacherberg vermochte die zahlreich anwesenden Mitglieder und Sympathisanten kaum zu fassen, ein erfreulicher Anblick für unseren Vorstand. Dieser Freude gab auch unser Präsident Paul Buob bei der Begrüssung Ausdruck. Er durfte zugleich den Jodlerklub Rorschach begrüßen, der uns zwischendurch mit Ständchen erfreuen würde.

Nach Erledigung der ersten Traktanden gibt unser Präsident in seinem Jahresbericht einige Stichworte wie Expo, Swissair und Zug als Symptome der Unfähigkeit und Unzulänglichkeit der heutigen Oberen von deren Gigantismus und Geldverschleuderung auf Kosten des Volkes. Derweil wollen die grünen und linken Heuchler die überschüssigen Goldreserven in eine fragwürdige Solidaritätsstiftung abfliessen lassen und die Leute, die angeblich das Schweizerkreuz hochhalten wollen, verkaufen unsere Errungenschaften an (meist ausländische) Grossgebilde.

Unser Präsident nimmt auch die einseitig informierende Medienlandschaft aufs Korn. Die SD Sektion St. Gallen wurden weder von der Tageszeitung noch von den Parteien glimpflich behandelt, als sie das Referendum ergriffen gegen zusätzliche teure Integrationsprogramme der Stadt für Ausländer. Leider scheiterte das Referendum (1000 Unterschriften in 1 Monat) z.T. an zu wenig Sammelwilligen, z.T. an Ängsten der Bürger für eine solche Unterschrift. Erfolg hatten wir dann mit der kurz darauf gestarteten Initiative «Üs schtinkts», mit welcher wir die Kehrriechtabfuhr 2 Mal pro Woche für die ganze Stadt verlangten. Zum Schluss erhofft Paul Buob einen optimalen UNO-Abstimmungsausgang und sieht dem kaum weniger zähen Kampf gegen die Lockerung des Schächtverbots entgegen.

Roland Uhler, neuer Präsident

Auf anschauliche Weise erklärt uns

Kassier Hans Bösiger die Einnahmen und Ausgaben bei Postcheck und Sparbuch. Die Kasse hat sich seit dem vorherigen Wahljahr wieder etwas erholt. Denn ein ganz erfreuliches Kapitel sind die vielen Spenden, die er ganz herzlich verdankt. Er hofft auf die Mithilfe aller, dass wir im nächsten Wahljahr nicht nur eine volle Kasse, sondern auch volle Kandidatenlisten haben.

Die Wahlen brachten die vorgesehene Veränderung im Vorstand. Unser Präsident wohnt seit kurzem in Arbon (TG). Somit wurden unser Vizepräsident Roland Uhler als neuer Präsident, unser Beisitzer Peter Schnyder als neuer Vizepräsident, und Paul Buob neu als Aktuar vorgeschlagen und mit Applaus gewählt. Auf unseren bewährten Kassier Hans Bösiger dürfen wir weiterhin zählen, was ebenfalls mit Applaus vermerkt wurde. Die Revisoren Elisabeth Bürkler und Paul Küffer sind einstimmig im Amt bestätigt worden.

Gegen das Schächten

Die Diskussion wird rege benutzt. Nach dem Imbiss machte unser Gastreferent Dr. Erwin Kessler auf z.T. immer noch bestehende schlimme Zustände in der Tierhaltung aufmerksam, sogar in Ställen, die von aussen modern und sauber aussehen. Dazu zeigte er eindrucksvolle Filmausschnitte. Die nächsten Filmausschnitte betrafen das Schächten, welches trotz Verbot in der Schweiz praktiziert wird. Wer bisher den Informationen geglaubt hat, beim Schächten handle es sich um einen kurzen, scharfen Schnitt mit baldiger Bewusstlosigkeit des Tieres, wurde hier mit der brutalen Wirklichkeit konfrontiert. Da wird keiner der Anwesenden mehr der Lockerung des Schächtverbots zustimmen, hingegen wurden Rufe laut, der Bundesrat müsste sich dies unbedingt ansehen, bevor er solches vorhat.

Zum Abschluss der HV konnte uns der Jodlerklub Rorschach wieder auf ruhigere Gedanken bringen.



Landessprachen durch das Englische bedroht

Die Schweiz soll ein neues Sprachengesetz erhalten, welches die Bestimmungen der neuen Bundesverfassung, die durch ein solches Gesetz berührt werden, konkretisiert. Auch die Schweizer Demokraten haben sich am diesbezüglichen Vernehmlassungsverfahren beteiligt. Hier sind die wichtigsten Auszüge aus ihrer Vernehmlassungsantwort:

Grundsätzlich befürworten die Schweizer Demokraten den Erlass eines Sprachengesetzes, das die Artikel 4 («Die Landessprachen sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch»), 69 (Absatz 3: «er – der Bund – nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die ... sprachliche Vielfalt des Landes»), 70 (insbesondere Absatz 2: «sie – die Kantone – achten auf die herkömmliche sprachliche Zusammensetzung der Gebiete» = Territorialprinzip) und teils 78 (Heimatschutz) der geltenden Bundesverfassung (nBV) auf Gesetzesebene erläutern sollte. Mit dem konkreten Inhalt des so genannten Vorentwurfs einer PAS, wie ihn das Eidgenössische Departement des Innern in die Vernehmlassung geschickt hat, sind wir allerdings in grossen Teilen nicht einverstanden. Er hat einen ganz falschen Schwerpunkt, weil er davon ausgeht, dass sich unsere Landessprachen im Wesentlichen gegenseitig in ihrer Existenz bedrohen. Diese Annahme ist völlig unrealistisch.

Alle unsere Landessprachen sind in Tat und Wahrheit gemeinsam durch das Englische bedroht.

Höchstens für das Rätoromanische lässt sich noch eine gewisse beschränkte Bedrohung durch andere Landessprachen (Deutsch und Italienisch) annehmen. Besonders das Italienische ist jedoch in der Schweiz nicht wirklich bedroht, schon wegen der vielen italienischsprachigen Einwanderer. Im Tessin wohnen z. B. weit weniger schwierig einzuschulende Kinder, weil dort zwar ebenfalls viele Einwanderer leben, aber die meisten mit italienischer Muttersprache, ganz im Unterschied zu den Verhältnissen in der deutschen Schweiz mit ihren vielen Fremdsprachigen. Im Tessin leben zwar auch ziemlich viele Übersiedler aus dem deutschen Sprachgebiet, die meisten von ihnen sind jedoch älter und ohne Kinder dort.

Schon der Titel eines solchen Gesetzes müsste demnach anders lauten: statt «Gesetz über die Landessprachen...» usw. «Gesetz zum Schutze der Landessprachen.»

Die «Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften» kann dabei als hehres Ziel im Titel stehen bleiben.

Obschon der aufmerksame Beobachter um nähere Begründungen nicht verlegen ist, weshalb das



Englische unsere Landessprachen insgesamt bedroht und deren Schutz darum so dringend nötig ist, zählen wir hier einige Punkte auf:

- eine einseitig nur auf wirtschaftliche Gesichtspunkte ausgerichtete Schul-, Erziehungs- und Bildungslobby vornehmlich aus dem Kanton Zürich und der Innerschweiz geht darauf aus, auf einer möglichst tiefen Bildungsstufe bereits mit einem Englischunterricht zu beginnen und auch für einzelne andere Unterrichtsfächer den Unterricht in englischer Sprache einzuführen;

- es werden immer mehr so genannte internationale Privatschulen mit englischer Unterrichtssprache und einem ungenügenden Unterricht in der örtlichen Landessprache gegründet, und diese unterrichten eine ständig ansteigende Zahl von Schülern;

- die gleiche, oben genannte Lobby fordert die englische Unterrichtssprache an den neugegründeten Fachhochschulen; auch an den herkömmlichen Hochschulen nimmt das Englische einen immer grösseren Raum ein, und es werden immer mehr Hochschullehrer berufen, bei denen es zum Voraus ausgemacht ist, dass sie in englischer Sprache unterrichten werden;

- nach Meldungen in den Medien soll eine zweisprachige Maturität englisch/Landessprache statt Landessprache/zweite Landessprache eingeführt werden;

- rein schweizerische Zeitschriften, besonders wissenschaftliche, bringen zunehmend englischsprachige Beiträge, oft ohne Übersetzung, zumindest einer Zusammenfassung in einer Landessprache;

- unser öffentlicher Raum wird zunehmend vollgestopft mit englischsprachigen (oder gemischt englisch-landessprachlichen) Werbetexten und Orientierungstafeln; an dieser Tendenz beteiligen sich nicht etwa nur multinationale, sondern zunehmend auch früher staatliche, in der Zwischenzeit privatisierte Unternehmen (z. B. Telegraf und Telefon, heute in «Swisscom» umbenannt mit besonders perfidem Beispiel: Plakat mit dem Bild eines Rekruten in Uniform und einer hübschen Angebeteten, die der Rekrut auf Englisch anspricht);

- ins gleiche Kapital gehört die zunehmende Zahl englischsprachiger Anschriften, Inschriften, Beschriftungen und Namen von Gaststätten, Ladengeschäften, Firmen, Handwerksbetrieben usw. im öffentlichen Raum;

- Unternehmen zwingen ihre Angestellten zum Gebrauch von Englisch, auch wenn die Gesprächspartner alle die gleiche Landessprache als Muttersprache haben;

- selbst Institutionen im staatlichen Bereich gehen ohne ersichtlichen Grund zu englischsprachigen statt landessprachlichen offiziellen Bezeichnungen über (z. B. «Swiss Air Force Competition» statt Armeemeisterschaften der Schweizer Luftwaffe; «Swiss Post» auf dem Leibchen der Schweizer National(!)mannschaft im Eishockey; alles ist nur noch «Swiss»: «Swiss Life», «Swiss Expo», «Swiss Fun», «Swiss Cup», «Swiss Pinot Noir», «Swiss Cheese Award» usw., alle Beispiele sind aus dem Leben gegriffen!);

- unter dem Vorwand, den Tourismus zu fördern, wird die Schweizer

Geografie angliert: «Downtown Switzerland» statt Zürich, «Watch Valley» statt Jura, «Top of Switzerland» oder sogar «Top of the World» usw.; dabei ist es sehr fraglich, ob Touristen auf ihren Reisen wirklich den Kosmopolitismus suchen;

- der Anteil von Überseern mit englischer Mutter-, Umgangssprache oder Verständigungssprache am Einwandererstrom nimmt zu;

- die vielen Einwanderer erfahren in einem ungenügenden Masse Unterricht in der örtlichen Landessprache, und der Druck auf sie, sie zu lernen, schwindet ebenfalls;

- besonders die Jugend singt kaum mehr Lieder in den Landessprachen und hört sich fast nur noch englischsprachige Gesänge an, wobei hier auch eine von den USA beherrschte, monopolähnliche internationale Musikvermarktungsszene mit «robustem» kommerziellen Einsatz ihre Rolle spielt;

- bedenklich ist auch das sprachliche Mischmasch aus Schweizerdeutsch und «Schweizerenglisch» (falsch ausgesprochenes und angewendetes Englisch), das ein grosser Teil unserer Jugend spricht;

- die alemannischen Mundarten stehen syntaktisch dem Englischen sogar noch näher als dem Hochdeutschen und insbesondere den übrigen – romanischen! – Landessprachen der Schweiz, so dass Deutschschweizer Kinder Englisch leichter lernen als eine andere Landessprache;

- besonders in der deutschen Schweiz werden von vielen Einwanderern der örtlichen Landessprache nur weit entfernt oder überhaupt nicht verwandte Muttersprachen (albanisch, türkisch, serbokroatisch, tamilisch usf.) gesprochen; sollte sich wirklich Englisch als Umgangssprache ausbreiten, so werden diese sehr rasch direkt zum Englischen wechseln, statt zuerst einen für sie mühsamen «Umweg» über eine Landessprache (oder gar eine schweizerdeutsche Mundart) zu nehmen.

Nun gibt es Leute, die sagen: wäre das denn ein so grosses Unglück, wenn wir in der Schweiz zur Umgangssprache Englisch übergängen? Wir könnten uns doch so unter den herkömmlich verschiedenen Sprachgemeinschaften besser verständigen und hätten auch wirtschaftliche Vorteile: es diene der Exportindustrie, dem Tourismus und auch der Wissenschaft und über diese auch wieder der Volkswirtschaft! Bei einer solchen Entwicklung wäre allerdings das überkommene Schweizer Sprach- und Kulturgut auf verlorenem Posten.

Die einheimischen Sprachen und Mundarten würden dem übergrossen Druck des Englischen kaum zu widerstehen vermögen, und weil die Sprache eine wichtige Rolle bei

der Tradierung kultureller Werte spielt, wäre auch das schweizerische Kulturerbe insgesamt in Zukunft bedroht.

Schweizer Schriftsteller aus der Ära vor dem Englischen würden z.B. plötzlich als fremd empfunden und von der jüngeren Generation, die nur noch englisch spräche, gar nicht mehr verstanden!

Auch dem im Vorentwurf bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten erwähnten Ziel einer «Mehrsprachigkeit» wäre so übrigens ein Bärendienst erwiesen! Die Förderung der englischen Sprache steht in einem geradezu diametralen Gegensatz zum Ziel einer echten Mehrsprachigkeit, ist es doch so, dass von Haus aus Englischsprachige erfahrungsgemäss die allergrösste Mühe haben, auch nur einen einzigen verständlichen Satz in einer Fremdsprache zu sprechen. Der Befund ist zum Teil allerdings begreiflich: die ganze Welt spricht sie nur auf Englisch an!

Ein Staatswesen, das sich selbst achtet; verteidigt, hegt und schützt jedoch das Kulturgut, das auf seinem Boden gewachsen ist; das gilt auch für die einheimischen Sprachen. Es hat nicht nur die gesetzgeberische Kompetenz, sondern sogar die Pflicht, ihnen so ein Weiterleben in der Zukunft zu sichern. Es ist sein Beitrag zur vielbeschwoerenen, jedoch oft mit Füssen getretenen kulturellen Vielfalt nicht nur des Landes, sondern sogar der gesamten Menschheit! Kultur, hier verstanden nicht im eingeschränkten Sinne der Hochkultur, sondern als Gesamtheit der menschlichen Lebensäusserungen, die nicht einseitig auf materiellen Gewinn und Gelderwerb ausgerichtet sind. Ohne das Vehikel der Sprache kommt kaum je eine kulturelle Lebensäusserung zu Stande!

Wir betrachten das Forcieren der englischen Sprache, wie es von einflussreichen Leuten – nicht nur Politikern! – in der Schweiz betrieben wird, als bundesverfassungswidrig!

Die Erwähnung einer «Sprachenfreiheit» in der neuen Bundesverfassung genügt und braucht keine Wiederholung auf Gesetzesstufe; denn sie dient ausschliesslich dem Ziel, Fremdsprachigen einen gewissen vernünftigen Freiraum beim privaten Gebrauch ihrer Muttersprache zu gewährleisten und sie vor unbilligen Benachteiligungen zu schützen. Dazu reicht die Erwähnung in der nBV aus. In einem Gesetz zum Schutze der Landessprachen ist dieser Absatz jedoch ein Fremdkörper. (...) Zudem ist der Begriff vage und sehr dehnbar und droht – genau genommen und angesichts der Masse fremdsprachiger Einwanderer verschiedenster Muttersprache, die in der Eidgenossenschaft wohnen – die Behörden des Bundes zu überfordern.

In der deutschen Sprache ist es seit jeher üblich, bei der kollektiven

Bezeichnung von Personengruppen, die aus männlichen und weiblichen Personen bestehen, die männliche Form anzuwenden; auch im neuesten «Duden» als massgeblich für die deutsche Rechtschreibung wird diese Regel nicht revidiert; die vor allem in feministischen Kreisen eingeführten «geschlechtsneutralen» Formen mit dem grossen I (und andern Grossbuchstaben) im Innern der Wörter werden vom «Duden» nicht anerkannt; selbstverständlich ist es möglich, durch eine gewisse Sprachakrobatik solche Wortformen mit Grossbuchstaben im Innern der Wörter zu vermeiden und dennoch eine Formulierung zu finden, die als «geschlechtsneutral» gelten kann, was aber eine unnötige Einschränkung der Ausdrucksmöglichkeiten der deutschen Sprache bedeutet, zu unübersichtlichen, schwerfälligen und komplizierten Formulierungen führt, ohnehin nie konsequent durchgezogen werden kann und nicht unterstützt werden sollte. (...)

Das gleichzeitige Erlernen von drei Landessprachen schon auf der Grundschulstufe ist eine restlose Überforderung der Schüler, zumal wenn man bedenkt, dass die in der Schweiz gesprochenen deutschen Mundarten fast schon eine vierte Sprache bedeuten und die Muttersprache vieler Einwandererkinder sogar eine fünfte! (...)

Wir sind der Ansicht, dass im Gesetz dringend erforderliche Dinge fehlen, namentlich Massnahmen zur Durchsetzung des Territorialprinzips und zur Eindämmung der Flut fremdländischer, insbesondere englischsprachiger Texte im öffentlichen Raum, dazu Minimalvorschriften zur Verwendung der ortsüblichen Landessprache.

Das Territorialprinzip hat der Schweiz einen Jahrhundert dauernden Sprachfrieden beschert. Wir sollten es nicht in fahrlässiger Weise vernachlässigen.

Für die Beschränkung der Flut fremdländischer Texte und Minimalvorschriften zur Verwendung der ortsüblichen Landessprache im öffentlichen Raum gibt es gesetzgeberische Beispiele aus anderen Ländern.

Wir stellen insbesondere die konkreten Anträge, es seien im vorgeschlagenen Gesetz ebenfalls folgende Massnahmen vorzusehen:

1. solche, welche die Einhaltung des in der nBV aufgeführten so genannten Territorialprinzips besser gewährleisten;
2. solche, welche die Flut fremdsprachlicher und nicht landessprachlicher, insbesondere englischer Inschriften, Anschriften, Werbesprüche und anderer Texte im öffentlichen Raum eindämmen. Wir fordern eine minimale gesetzliche Anschriftspflicht in der ortsüblichen Landessprache in einem vernünftigen Rahmen.

Dr. Jean-Jacques Hegg, alt Nationalrat, Dübendorf

Die Sprachenfrage und Italienisch

Deutsch – und auch Italienisch – könnten Weltsprachen sein, wenn die neuere Geschichte anders verlaufen wäre. Auch Spanisch war einmal bedeutender, Griechisch im Altertum was Englisch heute.

Als wir Zwölfjährigen beim Übertritt in die Aargauer Bezirksschule befragt wurden, ob wir «tote» oder «lebende» Sprachen lernen wollen, war ein Einziger, der sich für Griechisch entschied, einige wenige für Latein. Ich «nahm» zum obligatorischen Französisch noch Englisch und Italienisch.

Was bleibt vom sogenannten «büffeln»? Was man später selten oder überhaupt nicht anwendet, verkümmert. So in meinem Fall das später hinzugekommene Spanisch. Ein Lehrbuch trägt den Titel «Weltsprache Spanisch». Heute ist Englisch unerlässlich. Wer weiss aber noch, dass im heutigen Nordamerika die deutsche Sprache vorherrschte, in Milwaukee von 70, Chicago 35, Cincinnati 33, in Philadelphia von 15, New York immer-

hin noch von 10 Prozent der Einwanderer gesprochen. Ähnliches gilt vom Italienischen in Argentinien.

Unmerklich verschieben sich Sprachgrenzen. Elsässer-Deutsch überlebt einzig, weil viele Elsässer tagsüber in Basel und Umgebung arbeiten. «Mairie» oder «Ecole» liest man einige hundert Meter vom Schweizer Grenzstein. Solches könnten wir uns – zum Beispiel im Tessin – nicht leisten. Dort wäre gefährdete Italianità für den grossen Nachbar Grund zum Eingreifen (und so ist auch im Walsertal Bosco-Gurin die Unterrichtssprache Italienisch). Zumindest wir Alemannen sind stolz auf unsere Sprachenvielfalt. Stolz, dass es in Graubünden noch das «Bauernlatein» gibt. Es ist – wie Italienisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch ein abgewandeltes Volkslatein. Und so bin ich – wenn ich Italienisch oder auch Französisch spreche – doch noch zum «Lateiner» geworden – auf Umwegen. Es ist eine schöne Bereicherung, geöffneten Türen zur «lateinischen» Kultur.

Heute ist Sparen angesagt. Im Aargau – und anderswo – streicht man Fächer aus dem Lehrplan. Englisch verdrängt eine Landessprache. Auch Französisch wird weniger gepflegt. Umso mehr bewundere ich Menschen, die – infolge Wohnortwechsel oder in sprachlich gemischter Ehe aufwachsend – zwei oder gar dreisprachig sind. Dies eröffnet neue Horizonte beim Sprechen, Schreiben, Bücherlesen oder Telefonieren. Es wäre aber ein Armutszeugnis, wenn Schweizer miteinander in einer Drittsprache reden müssten. Sprachunterricht in drei Landessprachen muss erhalten bleiben.

Robert Berner, Rheinfelden

Scho, aber...

Dass e Sprach mues läbig sy, lüüchtet mir natürlech y.

Kene cha vo eim verlange, a den alte Wörter z hange. Niemer meh, wo Fürte seit, ds Gloschli wird o schier nüm treit.

Für alls Nöie git's sofort meischens grad es passends Wort. Maille, boarde, surfe, faxe, chöi hüt scho die Chlynschte gaxe.

Sicher, dass es mit der Zyt o geng nöji Wörter git. We se d Chind ir Schuel scho lehre wott mi nid dergäge wehre.

Öppis stört mi chli derby: Mängs Wort chönnt me doch la sy, so, wi mir's sit langem kenne, ohni sech dervo ga z trenne.

Byspilswys für «Chind» heisst's jitz, wo me list u lost churz «Kids». Shopping, outfit, light und easy, – 's gäb no meh, wo da derby sy –, Usdrück, wo mi einfach störe, we se lise oder ghöre.

's nähm mi Wunder, wi dihr's heit, ob's nech emänd ähnelech geit?

Marianne Chopard, Hinterkappelen, aus «Bantiger Post»



Schweizer Demokraten

Anzeige

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Kanton Aargau

SD Aargau mit neuer Führung

René Kunz neuer Präsident der SD-Kantonalpartei Aargau

Der kantonale Parteitag der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau stand ganz im Zeichen von Neuwahlen, denn die bisherige Kantonalparteipräsidentin Lidwina Wiederkehr-Müller, Gemeinderätin, Rekingen, hat nach acht Jahren den Rücktritt als Präsidentin erklärt. Sie wird allerdings die übrigen Ämter innerhalb



Lidwina Wiederkehr, René Kunz

der SD weiterhin bekleiden, insbesondere die Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung der SD Schweiz. Die scheidende Präsidentin hat auf eindrückliche Art und Weise für die jahrelange Unterstützung bei der Ausübung ihres Amtes und den Schweizer Demokraten zum Kampf für den Erhalt unserer Heimat gedankt.

Beim Traktandum Wahlen haben sich die Versammlungsteilnehmer dem Antrag des SD-Kantonalvorstandes angeschlossen und René Kunz, Reinach, einstimmig zum neuen Präsidenten der SD-Kantonalsektion Aargau gewählt. Als Vizepräsident wurde ebenfalls einstimmig Urs Müller, a. Grossrat, Schöffland, in seinem Amt bestätigt. In seiner Dankesrede hat Kunz sein politisches Schwerpunktprogramm nach dem Motto «D'Schwiizer zerscht» vorgestellt und gleichzeitig alle Versammlungsteilnehmer aufgerufen, sich noch entschiedener für das politische Vorhaben der Schweizer Demokraten einzusetzen und die politischen Zielsetzungen der SD ohne Wenn und Aber in die Tat umzusetzen. Die SD-Parteileitung werde alles unternehmen, dass die bisherige Oppositionspolitik konsequent fortgeführt und sogar verstärkt wird, denn ein «politischer Einheitsbrei und eine Parteien-Päcklimacherei» sei nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und unserer direkten Demokratie. Setzen Sie sich auch weiterhin für die Meinungsfreiheit ein und sagen Sie offen «ich bin froh, ein Schweizer zu sein – ich bin froh, ein Schweizer Demokrat zu sein»!

SD-Medienmitteilung vom 23. Februar 2002

Veranstaltungskalender

| Kanton | Sektion | Veranstaltung |
|--|---|--|
| Aargau  | Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg | Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim |
| Baselland  | Sektion Reinach und Umgebung | Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof» |
| Basel Stadt  | Kantonalpartei Basel | Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof |
| Bern  | Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen | Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun |
| Luzern  | Innerschweiz | Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern |
| St. Gallen  | Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung | Stamm-Abend jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr. In einem Saal des Restaurants Dufour, St. Gallen. Achtung: Nach den Sommerferien Stamm-Abende im Restaurant Hirschen (Bus Nr. 1, eine Station nach Kantons-spital, Haltestelle St. Fiden). Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. |
| Zürich  | Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur | Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss |

Korrigendum

Im «Schweizer Demokrat» vom November 2000 hat Willy Schmidhauser in einem Artikel, der mit Werner Bättscher unterzeichnet war, dem Journalisten Jürg Frischknecht nachgesagt, er habe «der Stasi als CH-Informant gedient». Dafür gibt es keinerlei Hinweise oder Belege. Die Redaktion des «Schweizer Demokraten» entschuldigt sich bei Jürg Frischknecht für die Unterstellung.

Zum Abschied von Lidwina Wiederkehr-Müller als Kantonalpräsidentin der SD Aargau

Du warst ehrgeizig, geduldig und gründlich obendrein, Du warst ein Halt in unserer Partei, Du hast geschlichtet, wenn die Gemüter waren zu heiss, Du hast uns dann beruhigt, jeder-mann weiss.

und neue Pflichten warten jetzt auf Dich. Geh aber nicht nur die glatten Stras-sen, gehe Wege, die noch niemand ging, damit Du Spuren und nicht nur Staub hinterlässt.

Die Pflicht das war übrigens Dein Leben, und treulich hast Du immer gewagt und gewägt. So erfüllte sich Dein ganzes Stre-ben, das den Lohn schon in sich selber trägt.

Versuche nun anderen vermehrt Zeit zu schenken und Du wirst dann eines sehen, egal wie oft Du es versuchst, es wird immer gehen. Verschenke Zeit an die Menschen, die sie brauchen, und sie werden es Dir danken, auf jeden Fall.

Doch das Leben geht für Dich trotzdem noch weiter

René Kunz, Kantonal-parteipräsident SD Aargau

Vorsicht – SVP-Falle!

Zu denken aber gibt insbesondere ein Vorfall, der sich ebenfalls am 1. Februar 2000 zutrug. Adrian Amstutz (SVP), Jürg Schürch (FDP) und Bernhard Hess (SD) hatten gemeinsam in einem Postulat gefordert, dass **straffällige Asylbewerber aus dem Kosovo in Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien** (dem notabene gefährdungsfreien Nachbargebiet) **ausgeschafft** werden sollten. Einige SVPLer und zahlreiche FDPler stimmten **gegen** die eigenen Parteifreunde Amstutz und Schürch. So lehnte der Grosse Rat

das SVP/FDP/SD-Postulat mit 72 zu 71 (!) Stimmen ab.
Fazit: Nur mit einer starken Fraktion der Schweizer Demokraten (SD) ändern sich auch die Missstände im Asylbereich.



Als einziger Bisheriger tritt SD-Grossrat Hans-Peter Riesen zur Wiederwahl an.

Zehn Fragen an die Schweizer Demokraten (SD)

Wie begegnet Ihre Partei der Sans-Papiers-Bewegung?
Die Schweizer Demokraten (SD) lassen sich von den illegalen Aktionen der «Sans Papier-Bewegung» nicht beeindruckt. Kirchenbesetzungen sind nicht zu tolerieren. Keinesfalls dürfen die Behörden den Erpressungen der Illegalen nachgeben. Eine Generalamnestie der hier illegal Anwesenden lehnen die SD entschieden ab. Im Gegenteil: Die SD fordern die konsequente Rückschaffung der hier illegal anwesenden Ausländer. Allenfalls Härtefälle können geprüft werden.

fähig. Nur wenn diese Bedingung erfüllt wird, sind die SD bereit, weitere Gelder in das Olympiaprojekt 2010 zu stecken.

Ist der Rechtsextremismus im Kanton Bern ein Problem? Wenn ja: Inwiefern ist die Politik dafür verantwortlich?

Die SD lehnen jede Art von Gewalt und politischem Extremismus ab – komme dieser von rechts oder von links. Leider müssen die SD aber feststellen, dass die Debatte über den Rechtsextremismus dazu missbraucht wird, um gesetzes- und heimatentreue Kräfte wie die Schweizer Demokraten in die Nähe von Gewalttätern zu stellen. Auch soll damit die Diskussion über Zuwanderung und Ausländergewalt tabuisiert werden. Die SD werden sich auch in Zukunft nicht scheuen, multikulturelle Probleme beim Namen zu nennen und zu bekämpfen. Die Behörden sollen gewaltbereite Linksextremisten mit der gleichen Härte bestrafen wie Rechtsextremisten. Auch die Medien werden aufgefordert, den Linksextremismus nicht zu beschönigen.

Wo und wie sollen in Bern Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden?

Die SD wollen keine Experimente bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung. Vor allem sollten die neu einzuführenden Praktika sowohl organisatorisch und betreuerisch konkretisiert wie auch finanziell verkraftbar sein. Es ist weniger auf eine europäische Kompatibilität, sondern mehr auf eine sehr gute, breite Ausbildung zu achten, die besser als jene anderer europäischer Staaten ist. Durchaus positiv äussern sich die SD hingegen zu den Änderungen des Volksschulgesetzes (VSG). Insbesondere die Umwandlung des Berner Lehrmittelverlags in eine öffentliche Rechtspersonlichkeit wird begrüsst. Den freiwilligen Schulsport wollen die SD noch stärker fördern.

Kann der Kanton Bern sparen und gleichzeitig ein attraktiver Arbeitgeber bleiben?

Mit der Abschwächung der Konjunktur in der Schweiz hat sich diese Debatte wieder etwas gelegt. Die Löhne und Sozialleistungen des Kantons Bern können sich durchaus wieder mit der Konkurrenz aus der Privatwirtschaft messen. Zudem steht der Kanton Bern im Vergleich mit Stadtangestellten von Bern oder Biel sogar recht gut da. Die SD sind aber der Meinung, dass der Kanton Bern nicht weiter auf dem Buckel der kantonalen Arbeitnehmer sparen soll.

Was darf Olympia 2010 den Kanton Bern kosten?

Die SD knüpfen die Ausschüttung von Steuergeldern an «Bern 2010» an gewisse Bedingungen. So sollen noch weitere Standorte zur Austragung von olympischen Wettkämpfen im Kanton Bern geprüft werden. Konkret fordern die SD, dass Langnau im Emmental und nicht Montreux Austragungsort für das Frauen-Eishockeyturnier sein soll. Eishockey ist in Langnau äusserst beliebt und die Emmentaler sind fachkundig und begeisterungs-

Was fehlt dem Kanton Bern an Infrastruktur? Oder anders gefragt: Ist der Kanton Bern fertig gebaut?

Die SD unterscheiden zwischen nötigen und wünschbaren Staats-

Fortsetzung Seite 10



Ein heimatbewusster Berner in den Regierungsrat



Bernhard Hess, Nationalrat

Setzen Sie ihn handschriftlich auf die amtliche Regierungsratsliste!

Nationalrat **Bernhard Hess**, geb. 1966, ist ein unabhängiger, mutiger und erfahrener Politiker. Zwischen 1994 und 1998 amtierte Hess als äusserst aktiver Stadtrat. So wurde er 1998 glanzvoll in den Grossen Rat gewählt. Im Kantonsparlament spielte der Heimweh-Emmentaler und SC Langnau-Fan augenblicklich «Powerplay». Mit Vorstössen zur Internierung von kriminellen und renitenten Asylbewerbern und insbesondere mit seiner Motion für eigene Schulklassen für deutschsprachige Kinder entfachte er inner- und ausserhalb des Parlaments teilweise hitzige Diskussionen. Im Nationalrat gibt es dank einer SD-Motion von Bernhard Hess wieder neue Hoffnung für ein Armeemuseum in Thun.

Bernhard Hess: Nein zur EU, Absage an Gewalt, für Friede durch Sicherheit, für faire Steuern

Der Bümplizer SD-Zentralsekretär Bernhard Hess sieht sich gerne als «Robin Hood» der anständigen und fleissigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die teilweise in den stark überfremdeten Quartieren sicherlich nicht auf der Sonnenseite der Gesellschaft leben. Er kann durchaus als Sozialpatriot bezeichnet wer-

den, der entschieden die Arroganz der volksfremden «Classe politique» ablehnt. Daneben hat er auch ein Herz für Tiere und für eine intakte Natur.

Die SD präsentieren somit mit Nationalrat Bernhard Hess einen zuverlässigen und entschiedenen Gegner eines EU-Beitritts, der sich konsequent für Sicherheit, Recht und Ordnung einsetzt und den Asylrechtsmissbrauch ablehnt.

Bernhard Hess: Kämpfer für Demokratie und Freiheit – tierliebend

So nicht, gnädige Herren!



SVP und FDP geben jeweils vor den Wahlen an, den Asylmissbrauch einzudämmen. Nach den Wahlen ist jeweils alles vergessen. Viel schlimmer: Eine **Mehrheit aus SVP-FDP** stimmte beispielsweise am 1. Februar 2000 **gegen die Internierung krimineller Asylbewerber** in Sammelunterkünften. Dies nur, weil der Vorstoss von den Schweizer Demokraten (SD) kam.

Zehn Fragen an die SD

Fortsetzung von Seite 9

ausgaben. So ist für die SD die Erhaltung der bisherigen Infrastruktur prioritär. Es ist eine Illusion, dass sich der Kanton Bern im nächsten Jahrzehnt aufgrund der prekären Staatsfinanzen grosse Projekte leisten kann.

Ist der Kanton Bern ein schweizerischer Sonderfall?

Die Schweiz besteht aus lauter «Sonderfällen». Den etablierten Parteien machen die SD aber den Vorwurf, die immer noch anhaltende Finanzmisere teilweise während den fetten Jahren selber verursacht zu haben. So wurde viel zu lange über den Verhältnissen gelebt. Auch im Asylbereich wird im FDP-Polizeidepartement – im Vergleich z. B. zu Inner- und Ostschweizerkantonen – viel zu wenig konsequent ausgeschafft und viel zu lar-

ge gegen ausländische Straftäter vorgegangen. Kollektivaufnahmen, wie diejenige von über 11'000 abgelehnten Asylbewerbern innerhalb der letzten vier Jahre, lehnen die SD entschieden ab.

Soll immer die SVP den Finanzdirektor stellen?

In der Tat hatte in den vergangenen Jahren die SVP bei der Besetzung des Finanzdirektoriums nicht immer eine glückliche Hand.

Welche Region kommt im Kanton Bern zu kurz?

Sämtliche Randregionen sollten weiter gefördert werden.

Welches sind die drei Hauptthemen Ihrer Partei im Wahlkampf?

- Stoppt die Entschweizerung des Kantons Bern
- Für bessere Schulen für unsere Kinder
- Für Sicherheit, Recht und Ordnung



Kanton Zürich



Gemeindewahlen im Kanton Zürich

Sitzgewinne in Winterthur, Uster und Dübendorf, «Taucher» in Zürich

csz. Nach den erfreulichen Resultaten, welche die Schweizer Demokraten gegen Ende 2001 überall verzeichnen konnten, hat die zweite und wichtigste Runde der Zürcher Kommunalwahlen – u.a. mit den Städten Zürich und Winterthur – leider eine herbe Enttäuschung gebracht. In der

Kantonshauptstadt Zürich

hatten wir 1998 mit 3,4% der Stimmen noch knapp einen Sitz errungen, und diesmal traten wir mit dem Ziel an, den Stimmenanteil deutlich zu steigern und von den damals verlorenen Mandaten das eine oder andere zurückzuholen. Dabei war uns zwar bewusst, dass dies wegen der Zersplitterung Zürichs in nicht weniger als zwölf zum Teil sehr kleine Wahlkreise ein schwieriges Unterfangen sein würde. Wir konnten aber nach dem Sitzgewinn von Markus Alder in Dietikon und einem engagiert und effizient geführten Wahlkampf doch damit rechnen, mindestens unsere bisherige Position halten zu können. Doch am Wahlabend war die Ernüchterung gross. Gerade mal zwei Prozent (!) der Stimmenden hatten sich für die Liste der Schweizer Demokraten entschieden. Da half auch die zum Teil recht beachtliche Zahl von Panaschierstimmen nicht mehr weiter. Unser Gemeinderat Patrick Blöchlinger, der erst vor einem Jahr als jüngstes Ratsmitglied ins Parlament nachgerückt war, muss seinen Sitz schon wieder räumen, und wir werden in den nächsten vier Jahren das harte Brot der ausserparlamentarischen Opposition essen müssen, wie das schon 1978–1982 der Fall war.

Im Wiediker «Falken» traf sich trotz des unerfreulichen Wahlausgangs eine grosse Schar von aktiven Mitgliedern und Wahlkämpfer(inne)n, die meisten davon junge Leute, die einen grossen Teil unserer Stand- und ähnlichen Aktionen durchgeführt hatten und dafür einen grossen Dank verdienen.

Von Resignation gab es keine Spur,

im Gegenteil: Die Diskussion drehte sich – soweit bei laufendem Radio und Fernseher eine solche möglich war – bald nur noch darum, mit welchen Mitteln nun der Kampf gegen Überfremdung, Übervölkerung usw. weiterzuführen sei. Wir werden uns diesbezüglich einiges einfallen lassen müssen, denn der Verlust unserer Vertretung im Stadtparlament be-



Ursula Fröhlich, Jean-Jacques Hegg, Werner Kessler

raubt uns nicht nur einer wichtigen Informationsquelle, sondern auch des Instruments, um bei Bedarf unsere Anliegen schnell und wahrnehmbar an die Öffentlichkeit zu bringen. Nun werden die Medien, die uns schon bisher wo immer möglich ausgelassen haben, mit der (nicht einmal mehr so falschen) Begründung, wir seien nur eine Splitterpartei, erst recht alles unterdrücken, was von den Schweizer Demokraten kommt. Bezüglich des weiteren Vorgehens werden wir nach einer wohlverdienten Verschnaufpause von einigen Wochen alle Aktivistinnen und Aktivisten zu einem Treffen zusammenrufen, um Ideen zu sammeln und erste Schritte in die Wege zu leiten.

Als im Laufe des Abends bekannt wurde, dass nicht nur die Sektion Winterthur – wenn auch einstweilen mit einem noch bescheideneren Wähleranteil – mit **Ursula Fröhlich** ins Rathaus einziehen wird, sondern auch in Dübendorf mit **Jean-Jacques Hegg** und in Uster mit **Werner Kessler** je ein SD-Sitz erreicht wurde, verwandelte sich der Wahlhöck zusehends in ein Fest. Währenddessen herrschte im Saal nebenan, bei der lokalen SVP, wel-

che die Wahlen gewonnen hatte, eine Stimmung, als hätte diese ihren letzten Sitz eingebüsst. Immer wieder skandierten die jungen Leute «Uster, Uster, Uster, Winterthur...» und sangen «Im Null-Sächsi bringed mer de **Patrick (Blöchlinger)** wider ie!» oder an die Adresse der Halbwegs-Patrioten nebenan, die kürzlich ihren Hauptsponsor eingebüsst haben und bald auch kürzer werden treten müssen, auch: «Ab morn, da händs kei Dope meh vom Frey...». Als dann eine Delegation aus Winterthur – mit der neugewählten Gemeinderätin – erschien, wurde diese mit noch grösserem Jubel begrüsst. An dieser Stelle sei den Wirtsleuten und dem Personal des «Falken» gedankt, welche den zeitweise recht hohen Lärmpegel nicht nur tolerierten, sondern an der Runde junger Schweizer(innen), die sogar nach einer bitteren Schlappe wieder zu feiern wussten, offensichtlich eher ihren Plausch hatten.

Selbstverständlich werden wir unsere politische Arbeit wie gewohnt weiterführen. Es gilt das Motto:

Jetzt erscht rächt!



Patrick Blöchlinger

Denn entgegen dem verbreiteten Irrglauben vieler Bürger(innen), Papa B. werde es dann schon richten, würde niemand mehr ernsthaft gegen die Entschweizerung und Exotisierung Zürichs kämpfen, wenn wir nun das Handtuch werfen. Wir werden also schon sehr bald die Vorbereitung der Kantonsratswahlen 2003 an die Hand nehmen, weiterhin um die Gültigkeit unserer Initiative «D'Schwiizer zersch!» kämpfen – eine erste Prozessrunde haben wir gewonnen! – und bereit sein, wenn nötig auch weitere Initiativen oder Referenden zu ergreifen.

Den drei am 3. März 2002 in den Landstädten gewählten SD-Gemeinderäten gratulieren wir herzlich und denken schon heute an den Tag, an dem sie Gegenrecht halten können...

Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich

SD-Wahlerfolg auch in Dietikon

Mit 437 Stimmen wurde **Markus Alder** (SD) in Dietikon ins Stadtparlament gewählt.

**Nein des Kantons Aargau zum UNO-Beitritt der Schweiz**

Das Aargauervolk hat gesiegt – Die SD Aargau sind hoch erfreut

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Aargau sind mit dem Aargauer UNO-Abstimmungsresultat hoch zufrieden. Mit einem Neinanteil von 51.1 Prozent hat der Aargauer Souverän die UNO-Vorlage der «classe politique» bachab geschickt. Das Aargauer Nein zum UNO-Beitritt ist nach Auffassung der SD Aargau ein Sieg des Aargauer Volkes, welches sich von der schönfärberischen Stimmungsmache der Befürworter nicht haben beeinflussen lassen. Die SD und SVP waren die einzigen politischen Parteien, welche sich an vorderster Front für eine neutrale und unabhängige Schweiz und gegen eine UNO-Unterwerfung unseres Landes stark gemacht haben.

Schweizer Demokraten (SD), Kantonalsektion Aargau, René Kunz



Kanton Thurgau



Schwachsinnige Kehrichtsackgebühr...

Einst, als wir drohten im Verkehr, im Abgas, im Abwasser und im Abfall zu ersticken, haben unheimlich intelligente Linke und Grüne zum Angriff geblasen. Anstatt endlich die Einwanderung zu bremsen, kamen sie auf die Idee, die Menge des Abfalls zu reduzieren. Sie haben die hirnlosen und mit der Einwanderung Geschäfte machende Bürgerliche dazu überredet, dass jeder Kehrichtsack einen bestimmten Frankenbeitrag kostet, damit er vom Gemeinwesen entsorgt wird. So wurden Papier- und Abfallkörbe in der Öffentlichkeit schnell missbraucht. Superschlaue depontierten darin ihren persönlichen Abfall und konnten so die Kehrichtsackgebühren einsparen... Logisch, dass Linke und Grüne wieder ihre Superhirne in Betrieb nahmen und bald einmal wurden in Ortschaften und Städten viele Abfallkübel demontiert. Andere bekamen einen Deckel mit einem kleinen Loch darin, sodass nur noch kleine Gegenstände in den Kübel geworfen werden konnten... Nun begann das furchtbare Elend! Viele Menschen müssen seit jenen Tagen den Anderen nur noch ihren Dreck aufwischen und aufheben. Warum aber das? Ganz einfach, vor allem die Jungen schmeissen nun alles auf den Boden: Papier, Nästücher, Zigaretten, Essensresten, Behältnisse für Trinken und Speisen, kurz und gut, alles wird vor Ort und ohne Um-

schweife auf den Boden geschmissen. Unsere einst so gefeierte, saubere Schweiz gleicht einem Dreckhaufen. Natürlich kommt diese Entwicklung auch der Mentalität vieler Zuwanderer mehr als entgegen. Aber der wirklich dicke Hund kommt erst noch: Es müssen jetzt vollamtlich Mitbürger Tag für Tag den anderen Mitbürgern den Dreck zusammenputzen. Ist das nicht entwürdigend? Dazu kommen in den meisten Ortschaften und Städten Reinigungs- und Saugmaschinen, die mit Fahrer und «Zuwischer» jeden morgen Plätze, Strassen und ganze Quartiere säubern müssen; von der Umweltbelastung und der unwürdigen Arbeit soll an dieser Stelle schon gar nicht die Rede sein. Was aber geschieht mit den tausenden von Kaugummi und dem vielen Unrat, dem diese Maschinen und ihre braven Männer nie ganz zuleibe rücken können? Wäre es nicht viel klüger, keine Abfallsackgebühr einzuführen; möglichst Abfallkörbe und Zigarettenkübel in voller Dichte zu belassen? Wäre es nicht besser, die Einwanderung endlich zu drosseln, anstatt Schwarzentsorgung und andere negative, denkwürdige Entwicklungen hinnehmen zu müssen? Ist denn die ehrliche und gradlinige Politik schon lange tot und warum darf nicht wahr sein, was längst bewiesen wurde?

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau

Jahre an der Diplom-Mittelschule (DMS 4). Die von ihm vorgelebte Toleranz und den Willen zur guten Tat, spürten nicht nur seine vielen Schüler, sondern auch seine eigenen Familienangehörigen. 1965 heiratete er im Tessin seine Sonia Signorelli. Mit der Geburt des Sohnes Roberto im Jahre 1967 entstand eine richtige Familie. 1991 zogen die Wolperts in das Elternhaus von Paul an der Schlossgasse.

Als gläubiger Mensch wusste Paul, dass wir alle auch zur Natur Sorge tragen müssen. Es erstaunt deshalb nicht, dass er sich während vieler Jahre als Mitglied – zum Teil sehr aktiv – in verschiedenen Organisationen betätigte, so u.a. bei Pro Natura, der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, der Pro Bahn und auch den Schweizer Demokraten, um auf diesem Wege mit Gleichgesinnten, den Anliegen der Umwelt und der Heimat Unterstützung zukommen zu lassen.

Mit grossem Elan engagierte sich Paul – gleichzeitig mit seiner Pensionierung – bei den Schweizer Demokraten. Eine jede Aufgabe welche die Parteiarbeit erforderte, erfüllte er vorbildlich. Paul verteilte tausende von Flugblättern, sammelte Unterschriften an Standaktionen und anderswo, kandidierte mehrfach auf kommunaler und kantonaler Ebene auf der SD-Liste, wobei er immer ein Spitzenresultat unter den Kandidierenden erzielte. Paul trat bei Wahlen primär an, um der Partei einen Dienst zu erweisen. Auch wenn es ihm nie vergönnt war, in ein Parlament einzuziehen, verlor er nie den Mut... im Gegenteil!

Auch bei redaktionellen Arbeiten für Wahlprospekte oder die «SD-aktuell»-Info-Zeitung der Kantonalpartei wirkte er intensiv mit, da ihm diese Aufgabe nicht nur sehr leicht fiel, sondern vielmehr noch grossen Spass machte. Auch an Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen äusserte sich Paul immerzu in gewohnt überlegter und sachlicher Art. Wichtig war ihm stets die konsequente Umsetzung der SD-Programmziele, wobei er speziell auf die Durchsetzung von oekologischen/sozialen Zielen, sowie von Recht und Ordnung, grossen Wert legte. Lieber Paul, wir danken Dir für Deinen unermüdlichen Einsatz.

Andern helfen, zwischen Gegensätzen vermitteln, Gutes tun – ohne dabei selbst im Mittelpunkt zu stehen, dies waren Stärken, welche den Menschen Paul Wolpert so sympathisch und zugleich integer machten.

Paul genoss es, in der Zeit nach der Pensionierung, auch wenn ihm nur deren bescheidene vier Jahre verblieben, etwas kürzer treten zu können. Längere Reisen, vorab mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und meist in Begleitung seiner Freunde und Angehörigen, erfreuten ihn sehr.

Als Pfarrer Franz Kuhn auf dem Gottesacker seine tröstenden Abschiedsworte sprach, brauste – gut hör- und sichtbar – ein Regionalzug der Deutschen Bahn vorbei, als ob dieser eine Botschaft aussenden wollte: «Kein Stillstand... das Leben geht weiter!» Alle die Paul Wolpert kannten, werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Markus Borner,
Kantonalpräsident SD-BS



Kanton Basel-Stadt



Zum Gedenken

† Paul Wolpert-Signorelli, Riehen

«Weitsicht, Toleranz und eidgenössisches Denken zeichneten sein Handeln aus.» So lautet eine sicherlich treffende Aussage in der Todesanzeige für Dr. phil. Paul Wolpert. Alle die ihn gekannt haben, schätzten seine positive Ausstrahlung und seinen Lebensmut. Paul Wolpert war nicht nur ein vielseitiger, sondern auch ein interessierter Mitbürger, der gut beobachten und zuhören konnte. Wahrlich – in den nächsten Jahren hätte er noch einige Projekte umgesetzt. Alles kam jedoch überraschend anders: Einer schweren, heimtückischen Krankheit



konnte Paul Wolpert nicht mehr genügend Widerstandskraft entgegensetzen. Am 20. Februar verstarb er – gefasst und vorbereitet – im 67. Altersjahr im Kreise seiner nächsten Familienangehörigen. Paul Wolpert verbrachte seine ersten Lebens- und Schuljahre sehr behütet und glücklich bei seinen Eltern auf dem Basler Bruderholz. Später besuchte er die Kantonale Handelsschule, in der er sich die Grundlagen für die Maturität erarbeitete. Eine Dissertation und die Verleihung des Dokortitels in Geschichte und Sprachen krönten seine Studien an der Universität. Mit Ueberzeugung übte er hierauf bis zu seiner frühzeitigen Pensionierung im 63. Altersjahr den Lehrerberuf aus. Paul Wolpert wirkte 30

Die linke Ernte...

Wer kann sich erinnern? 1968 – die grossen Demonstrationen, die unglaublichen Exzesse der Linken und Linksextremen, die Vollversammlungen in Städten und Universitäten? Und anschliessend «der Marsch durch die Institutionen»! Heute sind über 30 Jahre vergangen. Die links-gesteuerten Schul- und Uni-Abgänger sind längst im Arbeitsprozess. Man wird oft ein wenig nachdenklich, wenn auf Bahnhöfen und Strassen Typen im Anzug entgegenkommen, die ihre langen Haare in einem Zöpfchen gebunden haben. Andere 68er haben längst zu normaler, unauffälliger Kluft und Haartracht gewechselt. Doch im Herzen sind sie 68er geblieben. Viele sitzen heute als Redaktoren bei Zeitungen, Heften, Firmenblättern und Illustrierten. Da wirken sie dann – völlig ohne irgendeine demokratische Legimitation – und machen ungeniert und leider völlig undemokratisch Propaganda für Vorlagen, die in ihr linkes Konzept

passen. Der UNO-Beitritt der Schweiz war ein interessantes Beispiel: Da wurde alles aufgeboten, um einseitige UNO-Werbung an den Mann zu bringen. Bis zu Kofi Annan und natürlich viele andere, UNO-positive Leute bekamen das Wort. Gegner wurden total verschwiegen. Pro und Kontra gehört nach diesen Herrschaften offenbar kaum in unser demokratisches Konzept.

Als es dann Reklamationen und Leserbriefe gegen die UNO hagelte, wurden die meisten entsorgt und den Rest publizierten die feinen Demokraten im Pro-Kontra-Verhältnis 1:1; obwohl dies der Leserschaft einen völlig falschen Eindruck vermittelte...

Doch wie gesagt, wichtig ist diesen Predigern nicht die demokratische Ordnung, sondern «ihre Klasse» und die muss gewinnen, um jeden Preis! Da kann unserem Lande nur noch gratuliert werden...

Willy Schmidhauser

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Kritik am Bergier-Bericht

Als Leser des ersten Berichtes und Zeitzeuge mit Aktivdienst von 1939 bis 19457 erlaube ich mir einige Zusatzinformationen anzubringen. Enttäuscht bin ich vor allem über die Zusammensetzung der Kommission mit zum Teil ausländischen und Nachkriegsgenerationsmitgliedern und vom Bundesrat, welcher es für nötig befunden hat, als einziges Land die Kriegszeit aufarbeiten zu lassen. Alles läuft schliesslich darauf hinaus, mit den mit Akribie ausgesuchten Einzelbeispielen gemachte Fehler aufzulisten. Es handelt sich vorwiegend um jüdische Emigranten, obschon diese nur ein Zehntel der 300'000 aufgenommenen Flüchtlinge ausmachen, man ist verstimmt, weil versucht wird, einen Antisemitismus zu konstruieren, welcher in diesem Masse gar nicht vorhanden war!

Im Abschlussbericht lässt uns Herr Bergier durch das jüngste Mitglied, eine amerikanische Wirtschaftshistorikerin, verkünden, die Schweiz hätte nicht besser und nicht schlechter als andere Länder abgeschnitten! Das ist eine Heuchelei, weil das Ausland gar nicht verglichen wurde! Ich gestatte mir dies an verschiedenen Beispielen nachzuholen. Vorwiegend handelt es sich um Flüchtlinge, Gold und die Neutralität! Schon vor dem Kriegsausbruch verfolgten die Nazis die Juden, wobei beim Anschluss Österreichs 1938 die jüdische Bevölkerung enteignet und vertrieben wurde! Tausend meist mittellose Juden flüchteten in die Schweiz wo sie bei Glaubensgenossen Aufnahme fanden. Die Schweizer Juden sprachen jedoch nicht über das «Boot ist voll», aber bekundeten finanzielle Schwierigkeiten, um noch mehr aufnehmen zu können. An der Konferenz in Evian zeigte sich kein Land bereit, verfolgte Juden aufzunehmen. Trotzdem die Schweiz am meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, be-

hauptete Altbundesrat Koller mit einer Selbstanklaue, wir hätten 30'000 Juden in den sicheren Tod geschickt! Zu dieser Zeit entschied der damalige Bundesrat, bei der Nahrungsknappheit und der Ungewissheit, wie lange der Krieg noch dauern könnte, sei eine ungebremste Einwanderung unverantwortlich! Immerhin ist bekannt, dass die USA einem Flüchtlingsschiff die Landung verweigerten und Vichy-Frankreich Juden in Güterwagen nach Auschwitz verfrachtete. Dass Juden in Konzentrationslagern liquidiert wurden, hat das Schweizervolk erst am Ende des Krieges erfahren.

Goldvorräte der Schweiz haben die USA blockiert, so war die eingekreiste Schweiz gezwungen, mit Nazi-Deutschland Handel zu treiben und sich für die Exporte mit Gold bezahlen zu lassen, damit man Nahrungsmittel und Rohstoffe einkaufen konnte. Die abstruse Behauptung, im Nazigold seien den Juden entwendete Goldkronen und Füllungen in Form von Goldbarren in die Schweiz gelangt, ist schon deshalb unglaubwürdig, weil Zahngold aus Legierungen besteht, die in Goldscheideanstalten verfeinert werden. Legalere Weise konnte sich eine Siegermacht die Goldbestände eines Landes aneignen. Erstmal nach einem Krieg tauchte das Wort Raubgold auf, damit konnte man die Länder, welche Nazigold als Zahlung entgegen nahmen, zur Mitverantwortung verknurren.

Die Behauptung, die Neutralität sei mehrfach verletzt worden, ist insofern zu relativieren, als während des Krieges kein Völkerrecht zur Anwendung gelangt. Einem von Diktaturen eingekesselten und bedrohten Land bleibt überhaupt nichts anderes übrig als mit einer gewissen Willfähigkeit alles zu vermeiden, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden. So mussten Kriegsmateriallieferungen

erfolgen, damit z.B. Kohlelieferungen zustande kamen, oder hätten wir bei den damaligen harten Wintern frieren sollen? Im übrigen lieferten die USA vor dem späteren Kriegseintritt den Nazis jede Menge Kriegsmaterial! Ohne von den Nazis umschlossen zu sein, konnte die Hitlerarmee durch das neutrale

Schweden nach Norwegen gelangen! Wer die Schweiz auf dasselbe Niveau wie die genannten Staaten herabsetzt, muss mit Blindheit geschlagen sein. Dass dafür 22 Millionen Franken aufgewendet wurden, ist schlechthin unverantwortlich.

Guido R. Fischer, Aarau

Rassistische Schweizer Gemeinden?

Wie eine Berner Zeitung am 5. Februar 2002 berichtete, sei die Zahl der rassistischen Vorfälle im letzten Jahr mit 117 Vorfällen «auf hohem Niveau» stabil geblieben. Entnommen wurde dies aus der jüngsten Chronologie im Auftrag der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus sowie der Gesellschaft für Minderheiten in der Schweiz. Für die Zusammenstellung zeichnet der Journalist Hans Stutz verantwortlich. Gemäss dessen Aussage dominierten Einbürgerungsverweigerungen gegenüber dem Jahr 2000, Tendenz steigend. Man lese und staune!

Laut dem selbsternannten Rassismusexperten Stutz gelten also auf demokratischer Basis abgelehnte Einbürgerungsgesuche als rassistische Vorfälle.

Herr Stutz mag zugegenemassen ein Zahlenexperte sein, immerhin konnte er über hundert zählen. Aber von direkter Demokratie scheint der gute Mann keine grosse Ahnung zu haben und zeigt auch kein Verständnis für Volksent-

scheide über Einbürgerungsgesuche. Jede Gemeinde, die Einbürgerungsgesuche ablehnt, gilt also gemäss seiner Aussage als rassistisch. Dazu gehört übrigens auch die Stadt Bern. Im Jahr 2001 wurde hier nämlich 1 Gesuch (!) abgelehnt, übrigens auf ausdrückliche Empfehlung der Einbürgerungskommission.

Endlich ist jemand da, der uns Schweizern den blitzblanken Spiegel der Tugend entgegenhält und uns auf die echten Missstände in unserer biedereren Seele mit erhobener Zeigefinger aufmerksam macht. Streuen wir demütig Asche auf unser sündiges Haut auf.

Tröstlich: Weiter wird im Artikel erwähnt, dass die rechtsextremen Aufmärsche und Zusammenkünfte auf elf zurückgegangen sind. Im Vorjahr waren es noch 26.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir befinden uns offensichtlich auf dem guten Weg zur gewünschten mitsprachelosen Besserung.

Dieter Beyeler, SD-Stadtrat Bern

Offener Brief an den Bernischen Regierungsrat,
Münstergasse 2, 3011 Bern

Schächtverbot, Ablehnung Motion Kunz

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss BZ vom 27. Februar 2002 lehnen Sie die Motion von Grossrat Kunz, beim Bundesrat gegen die Aufhebung des Schächtverbots Stellung zu beziehen, ab!

Dies ist natürlich Ihr Recht! Aber ist Ihnen ein antiquiertes Ritual, für das es keinen vernünftigen Grund gibt, tatsächlich wichtiger als der Schutz unserer Tiere?

Ich bin jedenfalls von Ihnen tief enttäuscht! Hat es unter Ihnen weder Tierhalter noch Tierfreunde? Haben Sie nicht bemerkt, dass sich sowohl die Zeit wie auch das Bewusstsein der Bevölkerung den Tieren gegenüber geändert hat? Zudem gibt es heute Betäubungsmittel! Oder würden Sie sich einen Weisheitszahn ohne Spritze ziehen lassen?

Leider existieren auch in der Schweiz noch tierquälere Methoden. Nun aber unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit das Ganze noch auszuweiten, ist uner-

träglich!

Religiöse Bräuche, meistens von Fundamentalisten «erfunden», haben weltweit schon zu viel Unheil über Menschen und Tiere gebracht. (Auch das Beschneiden der Frauen ist ein religiöses Ritual!)

Religionsfreiheit bedeutet auch Rücksichtnahme und Verantwortung. Tierquälerei widerspricht unserer Religion und unseren moralischen Grundsätzen. Wenn eine bei uns wohnende Minderheit aus rituellen Gründen nur Fleisch von ausgebluteten, nicht betäubten Tieren essen will, (jedes Tier wird übrigens ausgeblutet!) muss sie halt auf andere Lebensmittel ausweichen oder die Freiheit der Wohnsitzfrage für sich in Anspruch nehmen!

Diese Meinung würde wahrscheinlich heute auch Jesus vertreten!

Hoffentlich ändern Sie Ihre Ansichten noch!

Hans Ryf, Hinterkappelen



La Suisse entre à l'ONU et perd sa neutralité

Voilà le grand mensonge dont se gargarise la plupart des médias étrangers dont j'ai fait le tour ce lundi matin 4 mars. Puisque la campagne des anti onusiens s'était focalisée à tort, sur la seule grande perte que la Suisse subirait en cas d'adhésion, c'est à dire sa neutralité (déjà bien amochée il faut le reconnaître), cela aurait-il incité les journalistes étrangers à se baser sur cet oreiller de paresse pour ne pas devoir aborder les autres raisons bien plus percutantes. La première étant la vassalisation d'un petit pays sous les auspices du grand frère USA, et surtout le risque de perdre notre liberté de contrôle de l'Etat par des initiatives et des référendums.

Bien sûr, cela n'affectera pas directement le citoyen moyen, mais le

sentiment diffus de l'obligation de se plier désormais à certains ukases onusiens fortement influencés par l'OTAN, engendrera une révolte silencieuse sapant les bases de notre suissitude. Il ne servira à rien d'envoyer notre demande d'adhésion au sein de l'ONU à Kofi Annan en soulignant notre revendication principale de sauvegarde de notre neutralité, si en dessous des mots, nous acceptons déjà le passage d'avions étrangers au-dessus du territoire national, ou l'application de mesures de rétorsion économiques vis-à-vis de pays voyous selon le grand chef Bush.. le premier en ligne étant l'Irak, les autres viennent ensuite étant probablement la Palestine et l'Afghanistan ou l'Ouzbékistan..

Lors des interviews qui suivirent

l'annonce surprenante d'un tout petit oui de 57%, contre les non à 45% et douze cantons contre onze, les suppositions allèrent bon train concernant le parti agrarien UDC qui aurait de facto sa pool position en pleine progression sapée et le caquet de son président Christophe Blocher, fermé. Ces commentateurs et autres perroquets utiles, oublient que parmi les citoyens qui ont voté non, il y avait des représentants de tous les partis de la droite à la gauche, et que l'ASIN, l'association pour une Suisse indépendante et neutre, Christophe Blocher en tête, n'allait pas baisser les bras. Elle deviendra au contraire plus attentive aux promesses qui devront être tenues, quitte à lancer d'autres initiatives ou référendums puisque cette faculté nous est ga-

rantie, et plus agressive si quiconque se permet d'égratigner encore davantage nos prérogatives. Concernant l'initiative des syndicats pour une semaine de 36 heures, rejetée massivement par le peuple et les cantons, là aussi, les commentaires s'abstiennent de parler des motivations principales qui ont favorisé ce résultat. Non seulement, nous n'avons pratiquement pas de chômeurs, nous avons plus de 50'000 frontaliers qui entrent chaque jour pour venir travailler chez nous, mais les médias nous montrent presque chaque jour les perturbations et le chaos que produisent les 35 heures en France voisine, et les vagues en Italie qui sont les précurseurs de plus graves dysfonctionnements.

Mary Meissner, Genève

Le Pileri

Et si l'on parlait de sexe?

Que le Vatican retire à un prêtre avéré pédophile, toutes ses fonctions et prérogatives religieuses, c'est logique, naturel et nécessaire. Mais qu'un prêtre qui avoue être homosexuel subisse les mêmes interdictions, est un outrage à la création. On naît homosexuel ou non. Il me semble alors que si ce troisième sexe à l'instar des hétérosexuels du sacerdoce, reste chaste et suit les engagements de l'église, il n'y a pas de quoi prendre des sanctions. Ou alors, il s'agit, dans le cas présent, de l'interdiction qui est encore faite aux femmes d'exercer cette «profession». Dans ce cas, appelons un chat, un chat.

Les USA se distinguent

A Painesville près de Cleveland, un malfaiteur de petite vertu s'est permis d'insulter un policier qui l'appréhendait de «sale porc». L'insulte ne méritait pas la prison, mais en tout cas une sanction exemplaire. Déféré devant la cour de justice pour insulte aux forces de l'ordre, Mr. Thompson a été puni par

l'arrêté suivant: «Deux heures de cohabitation dans la bauge de dame cochonne.» Rira bien qui rira le dernier, mon pote.

Salomon revisité

Un cas de divorce vient d'être tranché par le Tribunal Fédéral qui ressemble furieusement au Jugement de Salomon. Un citoyen suisse épouse une Brésilienne. Trois ans plus tard, celle donne naissance à un enfant qui n'est pas de son mari. (Tant pis pour lui, il aurait dû mieux choisir sa moitié) Bref, furieux et déçu, ça se comprend, il prend une maîtresse et lui fait un enfant. Pour clarifier la situation, il demande le divorce immédiat, ce qu'un tribunal administratif lui accorde au vu des circonstances. Recours de dame brésilienne au TF qui annule le jugement du canton sous prétexte que la situation ne remplit pas les conditions insupportables du délai de quatre ans imparti par la loi si l'une des parties refuse le divorce.

Colorado City ou Kaboul City?

Les USA veulent donner des leçons de bonne conduite au monde entier, et Bush parle du Bien et du Mal en connaissance de cause dirait-on. Voire? Ce prophète à la langue bien pendue se fiche éperdument de ce qui se passe dans sa propre maison. Les lois laxistes d'Utah et d'Arizona ne permettent pas aux autorités de vérifier si les enfants son instruits ou non, ni

d'évaluer les qualités de leurs enseignants. Les autorités des deux Etats ne mettent pas davantage leur nez dans les affaires d'inceste, de viols d'épouses mineures à peine pubères, ou de mariages polygames illégaux puisque défendus depuis quelques années dans ce fief de mormons et aux Etats Unis depuis sa constitution.

Le plus choquant est que dans cette petite ville en particulier, les visages des femmes sont vides et elles doivent toutes porter de larges robes à fleurs identiques, les cheveux relevés en chignon sur la tête ou en coques tressées. Une jeune fille qui a pu échapper à ce milieu avoue que son père a eu 13 femmes et 65 enfants, et sa mère avait 16 ans lorsqu'il l'a épousée. Lui en avait déjà 58. J'en passe et des meilleures, mais ce typique village voisin de Salt Lake City ne sera pas montré aux visiteurs et aux médaillés je parie!

Balles explosives

Il y a eu une grande discussion au sein de l'armée pour savoir s'il était opportun d'utiliser les balles explosives et ceci à la suite des événements de septembre passe, incluant la suite des événements en Afghanistan.

En Suisse, il n'y a pas lieu d'employer de telles munitions contre les hommes - ce qui ne veut pas dire qu'on n'en fabrique plus - puisque les animaux étant considérés comme du gibier à abattre, les chasseurs pourront les employer. Pensez donc, plus besoin de courir après ces «sales bêtes» qui ne veulent pas crever, les balles en explo-

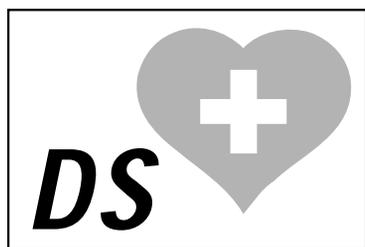
sant à l'intérieur de leurs pauvres petits corps, finiront le boulot...

Coût réel des clandestins

Puisqu'en tout cas à Genève, les écoles enfantines et primaires doivent accepter sans discussion les enfants des clandestins, des gens au noir, des sans papier, etc., on suppose qu'il y a au moins 2500 élèves issus de ces milieux ne payant pas d'impôts, qui nous coûtent Fr. 14'057.- par année et par gosse. Nos autorités «oublient» sciemment de nous parler de ce que nous coûte l'intégration, à part naturellement l'acceptation docile des us et coutumes de l'autre, même si cela nous dérange.

Petit renseignement passé sous silence

La grosse artillerie qui veut nous persuader d'entrer à l'ONU (si ce petit entrefilet arrive après les votations, il faudra l'accorder aux circonstances), nous ne perdrons pas notre neutralité puisqu'elle est déjà malmenée et partiellement bafouée, ce sera donc son enterrement officiel, mais notre statut unique concernant les 5000 à 6000 milliards de capitaux que gèrent nos banques depuis des lustres, n'auront plus aucune raison de rester chez nous et, malgré sa contribution faramineuse aux fonds des Nations Unies, il nous faudra un haut parleur d'au moins 25'000 décibels pour se faire entendre du fond de la salle où nous serons placés. Un pays qui gère 5000 milliards de dollars est mieux seul que mal accompagné. *Octopus*



Revenons au thème récurrent de la Violence. Où se loge-t-elle et pourquoi?

Remarques sur le livre «Propriété privée, propriété sociale, propriété de sol» aux Editions Foyard.

Remarques au sujet d'un extrait intitulé: «Quand s'installe la loi du plus fort.»

Robert Castel et Claudine Haroche brossent un tableau très clair concernant les causes et les effets des violences.

Il parlent même à un certain moment sur la construction de l'individu. A ce propos, je voudrais vous relater l'anecdote suivante: «J'attendais ce mardi dans la queue devant une caisse Migros. Il y avait passablement de monde, et le magasin de Vernier est relativement petit et ancien, comparé aux hypermarchés où on ne se «cougne» pas trop. Deux petits noirs (pour rester

dans le politiquement correct alors qu'il s'agit bien de nègres africains) de 5 et 7 ans accompagnés de leurs parents invisibles, voulaient absolument avoir accès aux bonbons et chocolats pendus près de la caisse où j'attendais. Le plus jeune me regarda avec des yeux revolver en criant: «laissez-moi passer, laissez-moi passer!» sous entendu – toi la sale Blanche descendante d'opresseurs colonialistes. C'est bien mon tour d'exiger la première place et d'user de mon droit d'arrogance, octroyé par la Déclaration des droits de l'homme». Or voilà où le bât blesse et où il y a un manque flagrant de responsabilité de la part de nos écoles (les parents dans ce cas comptent pour beurre), qui omettent sciemment d'expliquer

clairement à ces élèves là, qu'ils sont venus en Suisse de bonne grâce et attirés par nos conditions de vie spécifiquement helvétiques, et QUE NOUS N'AVONS JAMAIS ETE DES COLONISATEURS ET DE CONSEQUENCE N'AVONS JAMAIS PROFITE DE LEURS RICHESSES MINIERES OU DE LEURS BRAS.

Je ne dis pas cela dans le sens où leur prétention peut s'exprimer avec arrogance en France ou en Angleterre, pays grands colonisateurs sur cette planète. Mais ils doivent savoir dès leur plus jeune âge qu'il y a manière et manière de se construire pour leurs hôtes, et parallèlement de se conduire correctement vis-à-vis de leurs aînés, ici, dans ce pays.

J'ai prêché pour ma paroisse, que nos voisins agressés et mécontents fassent de même. Personne ne peut faire le ménage partout, car il doit balayer d'abord devant sa propre porte. Mais je dois avouer que j'ai été choquée devant ce qui, aujourd'hui, est accepté comme politiquement correct. Quelle déchéance!

Mary-Charlotte Meissner, Vernier

En parcourant la presse

Pourquoi Milosevic et pas Ta Mok?

L'ancien dirigeant khmer rouge Ta Mok, dit «le boucher» va être inculpé de crimes contre l'humanité par les autorités militaires du Cambodge. Il est inutile de redire les atrocités commises par ces communistes cambodgiens qui totalisèrent des millions de morts, et que le TPI a ignoré complètement depuis sa fondation. Bien sûr Milosevic était une proie plus facile à trouver, à arrêter et à juger en dehors de son pays. De même le cas Pinochet. Est-il encore nécessaire de vous faire un dessin?

Un million de morts en une nuit et un jour

L'entité Terre qui supporte sur sa croûte tant d'êtres vivants, va pouvoir une fois encore se secouer et s'indigner du sang que les hommes l'obligent à boire. Ainsi le jour du grand pèlerinage à la Mecque à

l'occasion de la Fête du sacrifice, des centaines de bouchers musulmans ont sacrifié plus d'un million de moutons, de veaux, de boeufs et de dromadaires dans un immense abattoir présenté comme le plus vaste de la planète où l'on peut tuer 200'000 bêtes par jour dans la vallée de la Mina, qui chariera des fleuves de sang.

On peut doubler cette quantité de pauvres animaux égorgés, puisqu'il ne s'agit ici que des musulmans et que les juifs d'adonnent au même rituel à leur rythme religieux!

Autre crime en Chine

L'intronisation de la Chine dans l'OMC ressemble au fait que la communauté internationale vient d'adouber la plus cynique et sadique des tyrannies contemporaines. Commençons par l'introduction dans la gastronomie de ces milliards de Chinois, de la viande de chats et de chiens, en particulier le

saint Bernard, élevé en batterie et soumis à toutes sortes de tortures, car plus les souffrances sont grandes, meilleure est la viande.

Il y a pire: les embryons utilisés comme compléments diététiques remontent au début de l'année dernière, lorsqu'il fut rapporté que des médecins de Shenzhen se délectaient de cadavres de fœtus, excellents pour la peau et la santé en général issus d'avortements provoqués. Le personnel travaillant dans ces hôpitaux, vu la réputation d'aliment tonique, se dispute ces restes humains. Le prix du fœtus se monte à 10\$ et à 20\$ si la marchandise se fait rare. Certaines cliniques privées font fortune qui elles, vendent un fœtus pour 300\$.

Et vous avez des milliers d'acheteurs qui attendent cette nouvelle nourriture. Le pire c'est que cette formidable civilisation chinoise a été acceptée dans l'Organisation Mondialiste pour représenter la race humaine dans le futur!

Sharon, Bush, même combat hitlérien

Jusqu'à présent, je n'ai pas voulu prendre position sur les similitudes de moyens de rétorsion qu'emploient ces deux individus qui sont pourtant des bipèdes comme vous et moi, et dont tous deux ont obtenu de justesse une investiture conquise à coups d'insultes, de pots de vin et de promesses électorales. Tous les deux se vêtent du manteau de la force dictatoriale et militaire pour imposer à leur manière, une hégémonie sur les nations du monde contaminées depuis des dizaines d'années par ce qu'on appelle

la démocratie. On oublie d'accoler à ce vocable les termes de faiblesse, de couardise et d'inefficacité, ce qui facilite grandement les prises de position de ces deux foudres de guerre.

Si au moins, respectant les règles du droit des peuples, des droits de l'homme et des droits de la nature, ces deux individus se croyant investis de tous les pouvoirs temporels se conformaient aux règlements et lois qu'ils ont édictées, il y aurait moins de misère et d'injustice. Il y aurait moins de dégâts collatéraux.

Car qui paie aujourd'hui le prix de ces guerres ouvertes et de ces conflits internes la plupart du temps provoqués de fact? C'est nous, nous les contribuables bêlants qui, à travers nos impôts et nos dons humanitaires, avons subventionné la destruction par Israël chez les Palestiniens: l'aéroport et le port de Gaza, 100 km de serres, 500'000 plants d'arbres, les bâtiments et équipements du laboratoire médical et l'infirmerie, une déchet-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

terie de 6000 m³, 1800 m² de plantations, 200 m de pipeline, des pépinières et des systèmes d'irrigation. Par ces vexations et destructions inhumaines qui ne sont pas des cibles militaires, les Israéliens démontrent une férocité qui illustre leur dicton biblique: «Pour un oeil, les deux yeux, et pour une dent, toute la gueule».

Si, de désespoir, les Palestiniens qui n'ont ni avions, ni grosse artillerie vont se faire sauter dans les villes juives, c'est parce qu'ils ne peuvent détruire les infrastructures de leurs occupants. Bush lui, fait de même, mais ailleurs que chez lui, en Afghanistan par exemple après avoir testé ses engins de destruction massive sur l'Irak, et les puits de pétrole du Golfe, et ses défoliants au Vietnam et en Corée. Qui pourra prouver un jour, que les attentats de Manhattan n'ont pas été programmés dans le but de pouvoir prendre sans trop de palabres diplomatiques, un pouvoir mondial? Dans les pays susmentionnés, il y avait aussi des investissements occidentaux et orientaux. Comment se fait-il que de justes protestations

et reventications ne s'expriment pas de la part des généreux donateurs? Cette passivité démontre la lâcheté et la veulerie des gouvernants actuels. Ne vous étonnez pas, bonnes gens, des attaques terroristes aveugles qui sont les armes du pauvre et du plus faible, des prétérités et des désespérés.

Car nous n'avons plus le choix. Ce sera l'Amérique ou rien. Ce sera Israël ou rien. Ces deux pays sont tellement conscients de leur suprématie, qu'ils ne prennent plus la peine de prétendre se soumettre, comme les autres pays du monde, aux règles du droit international. Ils prennent les règles qu'ils veulent et jettent celles qu'ils ne veulent pas.

Que Dieu nous garde d'un nouvel ordre courtisan à l'échelle mondiale qui s'installerait bientôt. Car pour les Etats, faire de la bonne politique, ce pourrait être, dans une large mesure s'arranger pour être dans les bons papiers de l'Amérique et de son protégé, Israël. Flatter où il faut, se soumettre en se donant des airs d'indépendance, se mettre en valeur et espérer être adoubs barons.

Maria de Seimners

Le Pilon

Enfin une loi logique

On lit de plus en plus souvent dans les médias que le nombre des suicides augmente un peu partout en Europe, surtout chez les personnes âgées.

Si l'on veut être logique, il y a lieu de se demander pourquoi? Les soins palliatifs ne donnent pas les résultats escomptés, et il est difficile de commencer à se shooter quand on est vieux, de plus cela coûte cher et les médecins traitants refusent cette solution sous ordonnance. Alors prenons modèle sur la Hollande qui vient de légaliser l'euthanasie active, ce qui diminuera d'autant les statistiques sur les suicides.

En somme, direz-vous, c'est du pareil au même. Peut-être, mais les mots ont pris tellement d'importance pour sauvegarder un semblant de déontologie! D'ailleurs plusieurs pays démarrent une réflexion pour concevoir des lois nouvelles sur le sujet. Heureusement, il était temps, car la souffrance physique qui devient de plus en plus aiguë et récurrente est enfin prise au sérieux et pour ceux qui croient en une puissance supérieure, celle-ci n'a sûrement pas le temps d'infliger des karmas avant la réincarnation.

La tache d'huile

Et voilà, on apprend qu'un citoyen l'île de la Réunion, réclame au gouvernement français la somme de 1 milliard d'euros, parce qu'il avait

été non pas adopté par une famille française, mais déporté sans le consentement de sa mère. Sans entrer dans les détails, je me demande ce qu'attendent les déshérités malades de Bhopal, de Seveso et de Tchernobyl, pour se retourner contre leur gouvernement afin d'obtenir une juste compensation? Ils étaient 200'000 à Bhopal qui souffrent encore de troubles gynécologiques, combien étaient-ils à Tchernobyl?

Le Réveil de la Kabylie

Nos journaux ne nous donnent pas de renseignements adéquats sur les véritables causes de révolte dans le monde. Voici un exemple. En Kabylie, un jour, 7000 musulmans ont fermé le Coran pour ouvrir la Bible. Ces conversions n'ont pas eu l'heur de plaire aux autorités algériennes. Les nouveaux chrétiens se recrutent dans toutes les couches de la population, des plus jeunes aux plus âgés et cette nouvelle apostasie a poussé le gouvernement à faire un recensement, puisque la religion d'Etat est l'islam.

Estimant que le rythme des conversions tourne à six personnes par jour et évaluant à 30'000 le nombre d'exemplaires de l'Evangile introduit dans le pays, un député a affirmé que tout cela était illicite et que l'apostasie est punie de mort. A Alger la plupart des églises ont été transformées en mosquées et il ne reste que 110 prêtres catholiques. Vu le déferlement des musulmans en Europe, devrait-on se poser la

question de savoir si c'est aussi une conséquence de rendre un prêt pour un rendu?

Pleurons avec l'Argentine

En 1983, lorsque les militaires se sont effacés derrière le Président Alfonso et ses successeurs, le vrai pouvoir a été tenu pas des politiciens corrompus et surtout par un gang dont le dernier représentant était Fernando de la Rúa. Le Conseil Argentin pour les Relations Internationales (CARI - faisant en fait partie du CFR américain) qui a été créé en 1978 par Henry Kissinger, a été suivi par l'ouverture sur place, directement ou à travers le CARI, de 80 banques et industries américaines, dont David Rockefeller. Ces hommes ont mis la main sur l'économie argentine avec, en paravent, le FMI (Front monétaire international).

Ces institutions ont laissé volontairement la corruption s'installer, et abandonné la gestion de l'Etat à des barons mafieux, tandis qu'on décuplait le nombre de fonctionnaires inutiles (jusqu'à 40% de la population active). Les ministres ont profité de s'enrichir sur le dos de la population, de quelque parti qu'ils soient. Aussi l'amalgame fait dans les médias entre «le règne militaire» et la faillite actuelle est sans fondement. La catastrophe vient uniquement des mondialistes infiltrés dans le CARI.

Fric, que de mensonges et de magouilles on commet en ton nom!

L'ONU future dictature mondiale

Le concept central du rapport Brahimi fait part de son intention de faire de l'ONU le type d'institution du XXI^e siècle qu'elle se doit d'être pour désamorcer effectivement

les menaces actuelles et futures contre la paix mondiale. Ce rapport demande la «révision profonde des forces de police civile pour que l'organisation soit en mesure de se défendre». Ceci est vraiment bizarre, car l'ONU n'est pas une entité dangereuse (en tout cas jusqu'à présent) et si un bouleversement devait se produire, le concept onusien serait dénaturé de fond en comble, puisque celle-ci se départirait de son impartialité pour devenir une partie belligérante!

C'est là un véritable glissement par lequel l'ONU, instance médiatrice jusqu'ici, «déplèterait à l'avenir ses propres troupes avec pour mission de s'acquitter de leur tâche avec professionnalisme et efficacité».

Devons-nous entendre par là qu'il y aurait lieu d'employer la force mais quel pays choisirait-on pour aller museler un membre de l'ONU? Les euphémismes comme «rétablissement de la paix» signifient en réalité «mise au pas par la guerre». Quant à ne traiter que des symptômes comme à Chypre depuis 1975, au Moyen Orient, et en Inde/Pakistan ou Kossowo, ajoutons aujourd'hui l'Afghanistan, c'est traiter les effets et non les causes. Car pour guérir le mal à la racine, et éradiquer les sources, cela demanderait l'implication de...qui? Est-il concevable de mettre l'ONU dans le coup? A moins de parler d'un renforcement de l'OTAN comme armée mondiale suprême, sous commandement américain, on ne voit pas très bien ce que signifie toutes ces circonvolutions politico-littéraires?

Serait-il possible de trouver la panacée pour qu'aucun pays n'ait les moyens de résister à une dictature mondiale? Doit-on parler de la «raison du plus fort»?

Octopus

Monstrueux amalgame

Le comble a été atteint par les déclarations haineuses entendues tant à la télévision que sur les ondes radio, par Madame Sion (représentante des Israélites en Suisse). Cette personne prétend que la lutte des amis des animaux refusant l'abattage par égorgement a comme principale raison une guerre ouverte antisémite. Or ce rituel est appliqué non seulement par les juifs mais aussi par les musulmans, se qui est un autre amalgame pour inclure dans l'antisémitisme les sunnites et les chiites. Les gens qui aiment ces êtres attachants aimant et souffrant comme nous, qui de plus aident les vieillards dans leur solitude, accompagnent les aveugles d'une part, et nourrissent sans bruit les être humains d'autre part, n'ont certes pas une once de haine religieuse et c'est une monstruosité de dire cela. C'est lâche et méchant, et l'arme employée res-

semble à l'attaque des tours de Manhattan.

La Suisse se distingue depuis des décennies par son humanité sur cette planète. Il est grand temps que les peuples se lèvent et pas seulement dans notre pays, pour défendre et protéger de l'hécatombe à vif tant d'innocents. Je me demande même si cette façon de tuer n'a pas pour but d'empêcher, en sectionnant les cordes vocales, les cris et gémissements, les appels au secours ou les insultes des victimes sacrifiées sur l'autel d'Allah ou de Jehovah.

Le Pape vient de réunir tous les responsables religieux du monde entier pour les supplier de pas invoquer le nom de Dieu en vain concernant la guerre, alors les amis des animaux supplient les bouchers hallal et kosher de ne pas tuer au nome leurs dieux.

Mary Meissner, Genève

Kanton Bern: Wahlen vom 14. April 2002:

SD wollen wieder eigene Fraktion

Die Schweizer Demokraten (SD) wollen bei den Grossratswahlen vom April mindestens fünf Sitze erringen und damit wieder als eigene Fraktion auftreten.

Mit einem neuen Konzept, das nicht nur traditionelle Themen wie Ausländer oder Kriminalität beinhaltet, wollen die Schweizer Demokraten (SD) vor allem der «heimatmüden» SVP im Kanton Bern Sitze im Grossen Rat streitig machen. Zwar stehen nach wie vor die Kernthemen der SD wie der Kampf gegen den Asylmissbrauch, der Einsatz für Sicherheit, Recht und Ordnung sowie das Engagement gegen die Staatsdefizitwirtschaft im Vordergrund. Die Partei legt aber auch Gewicht auf die Förderung des Mittelstandes, der Landwirtschaft und des Gewerbes. Auch das soziale Engagement soll nicht zu kurz kommen.

Insgesamt kandidieren 57 Schweizer Demokraten, wovon 13 Frauen, in den sechs Wahlkreisen Bern-Stadt (23 Kandidaten), Bern-Land (14), Thun (10), Interlaken (7), Oberhasli (1) und Schwarzenburg

(2). Neue Ambitionen auf je einen Sitzgewinn haben die SD vor allem im Wahlkreis Thun (Listenverbindung mit der Gewerbe- und Volkspartei) und im Wahlkreisverband Oberland-Ost. In den Ämtern Bern-Stadt und Bern-Land wollen die SD ihre bisherigen drei Mandate verteidigen. Aus rein wahrlichmetischen Gründen gehen die SD in der Stadt Bern eine Listenverbindung mit den bürgerlichen Parteien FDP, SVP und CVP sowie eine Unterlistenverbindung mit der FPS ein. In den Ämtern Bern-Land, Interlaken, Oberhasli und Schwarzenburg, wo die FPS/Die Autopartei nicht (mehr) kandidiert, ziehen die SD gezwungenermassen alleine in die Wahlen. Hier hoffen die SD aber auf die Unterstützung von zahlreichen heimatlosen FPS-Wählerinnen und -Wählern.

Bereits im Oktober 2001 haben die SD-Delegierten Nationalrat **Bernhard Hess**, Bern, als Regierungsratskandidaten nominiert.

SD-Medienmitteilung vom 1. März 2002

Der Euro ein Währungs-Risiko?

Negative Folgen für die Schweizer Wirtschaft

SD. Es sind erst einige Wochen vergangen, seitdem man in den Medien die Ausgabe der Kunstwährung Euro mit einem propagandistischen Feuerwerk bejubelte. Inzwischen sind jedoch Indizien sichtbar geworden, die darauf schliessen lassen, dass der von amerikanischen und britischen Finanzexperten vorausgesagte Niedergang des Euro früher als erwartet Wirklichkeit werden könnte. So lässt eine Meldung der Nachrichtenagentur «Associated Press» aus Zürich aufhorchen, die besagt, dass die Schweizer Wirtschaft unter der anhaltenden Schwäche des Euro leidet. Diese mache besonders der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) zu schaffen. Gemäss einer Umfrage musste ein Grossteil der Unternehmen Margenrückgänge und Auftragsverluste hinnehmen.

Auf Grund ihrer engen Verflechtung mit den EU-Raum hat die Schweizer MEM-Industrie die Schwäche des Euro negativ zu spüren bekommen, heisst es in der AP-Aussendung. Rund zwei Drittel der Exporte der Branche gingen im vergangenen Jahr in EU-Länder. Die über den Jahreswechsel

2001/02 befragten Unternehmen erarbeiten durchschnittlich 44 Prozent ihres Gesamtumsatzes in den EU-Ländern. Gegenüber dem Startkurs von 1,62 Franken im Jahr 1999 hat der Euro bis jetzt (Stichtag 18.2.2002) gegenüber dem Schweizer Franken neun Prozent an Wert verloren.

Die Gegenstrategien der Firmen gehen zu Lasten des Wirtschaftsstandortes Schweiz. So hätten 54 Prozent der Unternehmen mehr Vorleistungen aus dem EU-Raum bezogen, um das Währungsrisiko zu vermindern und das Kursgefälle bei den Einkäufen zu nutzen. Seit 1995 hätten bei 63 Prozent der Unternehmen die Zulieferungen aus dem Euro-Raum zugenommen. Bereits neun Prozent der Firmen hätten als Gegenmassnahme zur Euro-Schwäche die Verlagerung von Kapazitäten in den EU-Raum genannt.

Das geht natürlich zu Lasten der Schweizer Arbeitnehmerschaft und des bis jetzt so gerühmten «sozialen Friedens» in der Eidgenossenschaft. Weiteres muss zu beachten sein, dass die AP als international tätige Agentur ihre Aussendung über die Euro-Schwäche nicht nur an schweizerische und österreichische Medien gegeben hat, sondern auch an europäischen Ländern, deren Völker bisher so klug waren, den Verlockungen der anonym agierenden «Eurokraten» zu widerstehen. Diese Völker, ob Engländer oder Skandinavier, werden sich in ihrem Widerstand gegen die Aufgabe ihrer nationalen Währungen und somit auch ihrer nationalen Identität bestärkt fühlen.

K

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Kanada schärfer gegen Kriminelle

Die folgende Nachricht wurde kürzlich am Radio durchgegeben, aber von den Zeitungen unterschlagen:

Das oberste Gericht Kanadas hat beschlossen, dass Ausländer, welche die innere Sicherheit des Landes gefährden, auch dann ausgeschafft werden können, wenn ihnen im Herkunftsland Folter droht.

Innere Sicherheit bezieht sich dabei nicht nur auf Terrorismus, denn es handelte sich in den beiden beurteilten Fällen um «gewöhnliche» Kriminelle.

Kommentar: Flüchtlings- und andere Konventionen werden wohl von allen unterschrieben, aber nur von den wenigsten befolgt, wie die Beispiele Kanadas und Australiens zeigen. Im Gegensatz zur Schweiz, die alles Unterschriebene päpstlicher als der Papst umsetzt. Wie der Bericht über die Gefängnisse zeigt, verliert sie dabei völlig die Kontrolle. Letztlich kommt sie nicht darum herum, gewisse Konventionen ganz oder teilweise zu kündigen – auch wenn dabei politisch der Teufel los sein wird wie nie zuvor.

Sackbefehl Pfefferspray

Die SD sind hoch erfreut, dass das VBS den SD-Vorschlag aufgenommen hat, die Armeemangehörigen mit einem Pfefferspray auszurüsten.

40 Jahre

Schweizer Demokraten



1961–2001

Bestellung Broschüre 40 Jahre SD 1961–2001

Die Broschüre, mit 18 Fotos, wurde von den Schweizer Demokraten, Sektion Wil und Umgebung, zur 40-Jahr-Jubiläumsfeier herausgegeben und kann für Fr. 5.- (auch in Briefmarken) bezogen werden bei **SD, Sektion Wil und Umgebung, Postfach 214, 9501 Wil (Postkonto 90-13643-2)**

Ich bestelle

_____ Exemplare «40 Jahre SD»

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nummer: _____

PLZ: _____ Ort: _____